

Bezugspreis:

Einzelheft 25.50 Pf., monatlich 8.50 Pf., frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk u. Welt' erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die schmalste Spalte ... 'Kleine Anzeigen' ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Sonnabend, den 22. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Wähler! Wählerinnen! Parteigenossen!

Am 6. Juni tritt der erste Reichstag der deutschen Republik an die Stelle der verfassunggebenden Nationalversammlung.

Als die Nationalversammlung in Weimar zusammentrat, blutete unser Land aus unzähligen Wunden.

Dieser Untergang zu verhüten, aus dem Trümmerhaufen des Weltkrieges eine neue Ordnung zu gründen, das war die schier unlösbare Aufgabe, vor die sich die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung gestellt sah.

Die Sozialdemokratie hat dem Waffenstillstand und dem Frieden trotz aller Härten die Zustimmung gegeben, um unser Land vor neuen Kriegsgreueln, unser Volk vor neuen blutigen Opfern zu schützen.

Die Sozialdemokratie hat ihren Einfluss aufgebieten, um der deutschen Republik eine freiheitliche Verfassung zu geben, die alle Staatsgewalt in die Hände des Volkes legt.

Die Sozialdemokratie hat die Rechte der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben erweitert, ihnen die Möglichkeit des Einflusses in die Produktion gegeben, sie wird die Rechte der Wirtschaftsräte für Bezirke und das Reich zu erweitern suchen.

Die Sozialdemokratie hat durch die Einführung der einheitlichen Grundschule für Reich und Armen den ersten Schritt zur Einheitschule für die Kinder des Landes getan.

Die Sozialdemokratie hat das alte unsoziale Steuerrecht durch ein neues, den Besitz und den Gewinn kräftig heranziehendes sozial abgestuftes Steuerrecht ersetzt.

Die Sozialdemokratie hat Achtstundentag und Erwerbslosenunterstützung gesetzlich verankert. Die Versorgung der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen auf eine gerechtere Grundlage gestellt und erheblich aufgebessert.

Die sozialdemokratische Fraktion der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Die Sozialdemokratie hat sich trotz der großen Schwierigkeiten, die sich aus den Folgen des Krieges ergaben, mit der Sozialisierungsgesetzgebung für Kohle, Kali und elektrischer Energie den Anfang gemacht, sie ist gewillt, diese Vorarbeiten auszubauen und auf die dazu reifen Betriebe anderer Industrien auszudehnen.

Die Sozialdemokratie hat die Vorarbeiten für eine umfangreiche Siedlungstätigkeit in Staat und Land getroffen und wird sie trotz allen Widerstandes des Großgrundbesitzes und der Bürokratie fortführen.

Auf Schritt und Tritt gehemmt durch die großen tatsächlichen Schwierigkeiten, durch die Verarmung unseres Landes, die Zerstörung unserer Produktionskraft, durch den Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln, und alle üblen Nachwirkungen des fünfjährigen Vernichtungskrieges, hat sie versucht, wenigstens den Unterbau für eine Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes zu schaffen.

Der größte und schwerste Teil der Arbeit steht noch bevor. Ihn wird das Parlament leisten müssen, das aus den Wahlen des 6. Juni hervorgeht.

Wähler! Wählerinnen! Parteigenossen! In diesem Tage entscheidet es sich, ob es vorwärts gehen soll im Geiste des Sozialismus und der Demokratie oder rückwärts im Sinne des Militarismus, des Monarchismus und des Kapitalismus! Ob über unser Land abermals und dauernd geübt werden sollen die Ränke und ihr Trost, das Großkapital und seine Verbündeten, oder ob auch auf wirtschaftlichem Gebiete alle Gewalt vom schaffenden Volke ausgehen soll, von den Arbeitern des Kopfes und der Hand!

Nur ein Reichstag, in dem die Sozialdemokratische Partei die ausschlaggebende Macht ausübt, kann

die Entmilitarisierung des Reiches, die Demokratisierung der Verwaltungen, die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe

energisch und ohne Rücksicht auf privatkapitalistische Interessen durchführen.

Deshalb auf zur Wahl für die Sozialdemokratie!

Reichspräsident und Todesurteile

Durch die von aller Verantwortlichkeit unabhängige Presse geht ein neues Wehgeschrei: Der sozialdemokratische Reichspräsident hat, so lesen wir in einem dieser Organe, sämtliche im Ruhrrevier durch außerordentliche Kriegsgerichte verhängten Todesurteile bestätigt und dadurch bewiesen, daß er die prinzipielle Ablehnung der Todesstrafe durch den Sozialismus vergaß, wie alle anderen sozialistischen Grundsätze ebenfalls.

Man könnte neugierig sein, welche Handlung eines Sozialdemokraten in hervorragender Stellung einmal von Unabhängigen offen und ehrlich als berechtigt anerkannt würde. Aber da müßte man sehr lange warten. Das bloße Agitationsbedürfnis treibt die von den Kommunisten getretenen U.-S.-B.-listen zu immer neuen Erzeugen politischer Symphe. Deshalb würde man am besten tun, all die Einzelangriffe unbeantwortet zu lassen, wenn nicht in dieser nervösen Zeit sich auch hin und wieder wirkliche Sozialdemokraten durch die unabhängigen Lamentationen gefühlsmäßig beeinflussen ließen.

Nur ein Reichstag, in dem die Sozialdemokratische Partei die ausschlaggebende Macht ausübt, kann die Entmilitarisierung des Reiches, die Demokratisierung der Verwaltungen, die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe energisch und ohne Rücksicht auf privatkapitalistische Interessen durchführen.

Dieser Bewußtseinskonflikt tritt natürlich doppelt und dreifach in Erscheinung, wenn ihm das letzte Wort über Tod und Leben zugeprochen wird. Von den vielen Todesurteilen aus dem Ruhrrevier, die ihm zur Entscheidung vorgelegt wurden, hat er nicht weniger als 154 aufgehoben. Einige wenige — vielleicht zwei oder drei — hat er dagegen bestätigen zu müssen geäußert. Es handelte sich in diesen Fällen um besonders gemeine Verbrecher, die um so schärfer zu verurteilen waren, gerade vom sozialdemokratischen Standpunkt, als sie begangen wurden unter dem schützenden Schild der 'Roten Armee'. Zwei von den Verurteilten hatten in Essen falsche Haftbefehle auf den Namen wohlhabender Bürger ausgestellt, dann diese Bürger nach gewalttätigem Aufbrechen der Haustüren usw. in der Wohnung heimgeführt und durch Säuwaffen und Handgranaten sie zur Bergabe der vorhandenen Bargeldbeträge gezwungen. Ein planmäßiges und organisiertes Räuberwesen, das noch besonders interessant gemacht wurde durch vorherige Schießerei auf der Straße, um die Nachbarn von der Straße zu scheuchen. Die auf dem Boden der Verfassung stehende Sicherheitspolizei in Essen war bekanntlich in den vorhergehenden Tagen zum Teil in höchst fragwürdiger Weise abgeschlachtet worden. Die neugegründete revolutionäre Sicherheitspolizei aber hatte schließlich die erwähnten Räuber verhaftet und ins Gefängnis gesetzt. Ob solche Verbrechen des thranenreichen Mitleids besonders würdig sind, mögen die Unschuldengel der Unabhängigen unter sich ausmachen.

In einem anderen Falle handelt es sich um folgenden Vorgang: Der Angeklagte K. war der Rote Armee beigegeben. Im 'Rippehöhlen' bei Bielefeld, wo er ohne Auftrag die Kellerräume durchsuchte, fand er einen von der Roten Armee festgesetzten Reichswehrsoldaten. Er holte ihn eigenmächtig aus dem Keller heraus, brachte ihn auf den Hof und schob ihn dort nieder! Er ließ dann den Schwerverletzten nach seinem eigenen Geständnis mit der Begründung liegen, 'er solle noch länger leiden.' Im Laufe des Tages wurde dann von einem anderen dem Offizier die Kehle durchgeschnitten. K. aber hat dann die Leiche geraubt, ihr eine goldene Uhr, das Zigarettenetui und die Brieftasche genommen. Bei dem Versuch, die goldene Uhr zu verkaufen, wurde er einige Tage später verhaftet....

Ausnahmezustand aufgehoben!

Berlin, 21. Mai. Der Reichspräsident hat die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmeverordnungen aufgehoben für folgende Bezirke: Berlin, Brandenburg, Pommern, die Reste der früheren Provinzen Westpreußen und Posen, für Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, sowie für die Rheinprovinz außer dem Regierungsbezirk Düsseldorf; ferner für Hessen, Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Waldeck, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe und die Hansestädte. Im Freistaat Sachsen, in Württemberg, Baden und in Thüringen mit Ausnahme von Gotha bestehen Ausnahmeverordnungen nicht. Ueber Ostpreußen, Schlesien und die Provinz Sachsen wird noch ein näherer Bericht vor der Entscheidung abgewartet. Die Entscheidung soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Vertrustung der öffentlichen Meinung.

Zum Verkauf der 'Rölnischen Volkszeitung'.

Man schreibt uns: Gegen den Konzern Stinnes stellt sich neuerdings der Gegenkonzern Thyssen. Dieser Konzern steht der großen Kölner Eisenhandelsfirma Otto Wolff sehr nahe. Nun hat in diesen Tagen die Firma Otto Wolff die 'Rölnische Volkszeitung' angekauft. Die politische Bedeutung dieser Aktion liegt bei dem großen rheinischen Zentrumskonzern auf der Hand, aber wir möchten doch nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, wie außerordentlich schwerwiegende Folgen dieser Zeitungserwerb für das rheinische Wirtschaftsgebiet nach sich ziehen muß. Die 'Rölnische Volkszeitung' galt bisher als eine der integriersten Handelszeitungen Deutschlands. Besonders unter ihrem Leiter Prof. Traub wußte man, daß dieses Blatt objektiv den Interessen der deutschen Volkswirtschaft diene. Infolgedessen wurden keine Situationsberichte über den Eisenmarkt, aus der Staatseisenindustrie und überhaupt aus der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie überall in Deutschland und im Auslande mit der größten Aufmerksamkeit gelesen. So ging von dieser Zeitung eine

starke wirtschaftliche Wirkung aus, die nämlich war, so lange das Blatt eben unter rein volkswirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten geleitet wurde.

Nunmehr ist dieses Blatt in die Hände des größten Interessenten im rheinischen Industriegebiet, in die Hände der marktbeherrschenden Eisenhandelsfirma übergegangen. Damit ist die ungeheure große Gefahr nahegerückt, daß auch der Handelsteil der 'Rölnischen Volkszeitung' der Schwerindustrie botmäßig gemacht wird. Die Deffenlichkeit, die sich bisher auf die 'Rölnische Volkszeitung' als auf eine gut informierte und objektive Beraterin in Wirtschaftsfragen verlassen hat, muß unbedingt aufgeklärt werden, daß die Zeitung nunmehr den Boden der Sachlichkeit verlassen hat und ein nacktes Interessensorgan geworden ist.

Und was sagt die Regierung dazu? Was sagt sie dazu, wenn andauernd große Blätter in den Besitz der Schwerindustrie übergehen, die diese Machtposition nicht nur dazu benutzen wird, um die deutsche nationale Reaktion oder ihre deutschen völksparteiischen Gräber zu stärken, sondern die vor allem ganz brutal die deutsche Wirtschaft und Volkspolitik in die Bahnen zu lenken versuchen wird, auf denen das Interesse der Schwerindustrie, nicht aber des arbeitenden Volkes liegt?

Herr Hugo Stinnes, der mit seinen Riesenkriegsgewinnen die öffentliche Meinung Deutschlands aufzukäufen sucht, kandidiert an sechster Stelle auf der Reichsliste der 'Deutschen Volkspartei'. Der Volksmund sagt: Werste was?

Der pressefeindliche Reichstag hat die Verordnung, die den Zeitungen erschwierigere Papierholz beschaffen sollte, abgelehnt, was ihm durchaus ähnlich steht. Ueberhaupt dieser Reichstag ist schon eine besondere Segnung, die und gerade noch gescheit hat. — In Schwaben sind wiederum fünf Blätter zusammengebrochen und werden billig zum Verkauf angeboten.

Eugen Ernst Polizeipräsident in Breslau? Wie die 'P. P. N.' hören, soll Gen. Eugen Ernst, der frühere Berliner Polizeipräsident, zum Polizeipräsidenten in Breslau auszuweichen sein.

Die Frage ist nun: Sollen solche gemeingefährlichen Räuber, Mörder und Leichenschledder deshalb ungestraft bleiben, weil sie sich in die „rote Armee“ eingeschlichen hatten? Es wird nicht viele geben, die diese Frage restlos bejahen werden. Bleibt nur übrig die andere Frage, ob der sozialdemokratische Reichspräsident die nach der Reichsverfassung zugelassene Todesstrafe persönlich abschaffen darf, indem er sein einziges Todesurteil befähigt. Die Beantwortung dieser Frage ist schwer, aber sicher unendlich leichter, als die Entscheidung über Tod und Leben selbst.

Wir wünschen, daß unsere grundsätzliche Abneigung gegen Gewaltanwendung, auch gegen die Todesstrafe, bald Allgemeingut des Volkes werde. Wir können den sozialdemokratischen Reichspräsidenten aus allen Konflikten zwischen Ueberzeugung und Pflicht nur befreien, indem wir dafür sorgen, daß die bevorstehenden Wahlen eine Mehrheit gegen jede Todesstrafe bringen. Dann wird niemand froher sein als Ebert selbst.

Die Geschichte von gestern.

Ungeschicktes in der „Freiheit“.

„Offener Verfassungsbruch der Reichsregierung! — Unvoll der Reichssozialisten! — Die Nationalversammlung deckt den Verfassungsbruch! — Das Unglaubliche, das Ungeheuerliche ist Wahrheit geworden...“ So hebt das gestrige Abendblatt der „Freiheit“ an.

Es ist ungeschickt, wenn man den Mund so voll nimmt und so viel auf einmal beweisen will.

Die Möglichkeit eines Verfassungsbruchs lag allerdings nahe, als die Nationalversammlung gestern das bekannte Ersuchen an die Regierung stellte und diese, von bürgerlichen Volkswissenschaftlern und bürokratischen Bedenken allzu sehr geplagt, ganz verzweifelt erklärte, mit der sofortigen, restlosen Befestigung des Ausnahmezustandes ginge es nicht.

Inzwischen aber haben die Unabhängigen die Regierung aus der Verlegenheit geholfen durch ihren Antrag, die Erklärung Reichs als Verfassungsbruch zu brandmarken und ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Von 211 anwesenden Abgeordneten waren nur 14 für diesen Antrag zu haben, bei vollbesetztem Hause wären es von 423 nur 2 gewesen. Wenn die Regierung das Ersuchen der Donnerstagmehrheit nicht als ein verpflichtendes Verlangen im Sinne des Art. 48 der Verfassung auffassen wollte, dann ist sie heute durch die Nationalversammlung gedeckt.

Von „Verfassungsbruch“ und „Umsfall“ der Sozialdemokraten reden, heißt zwei Hasen auf einmal jagen mit dem Resultat, keinen zu erwischen.

Der „Umsfall“ der Sozialdemokraten hat darin bestanden, daß sie das ihnen freundlich auf den Tisch gelegte Rasiermesser dankend ablehnten. Gäßen sie den törichtesten Antrag der Unabhängigen angenommen, so flogen Regierung und Partei in die Luft. Wir hätten das Chaos gehabt, das in kürzester Zeit zur Wiedereinführung des Belagerungszustandes durch irgendeine Regierung geführt hätte — vielleicht durch eine unabhängige Regierung, die ja bekanntlich mit der Verhängung des Belagerungszustandes, wo sie die Herrschaft antritt, am schnellsten bei der Hand ist.

Die „Freiheit“ sagt, die Sozialdemokraten hätten „heute dafür Sorge getragen, daß ihr gestriger Beschluß nicht zur Durchführung gelangte“. Umgekehrt, sie haben für weitestgehende Aufhebung des Belagerungszustandes gewirkt und haben einen Zustand vermieden, der automatisch in neuen Belagerungszustand ausmünden mußte.

Sie schreibt weiter: „Die Regierung schaut sich nicht, einen Beschluß der Nationalversammlung kalt lächelnd zurückzuweisen“. Und ein paar Zeilen weiter unten:

Heute nun gab in der Nationalversammlung im Namen der Reichsregierung der Minister des Innern, Koch, eine gewundene

Erklärung ab, in der er sich im Schweiße seines Angesichts quälte, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß der Beschluß der Nationalversammlung eigentlich die Aufhebung des Belagerungszustandes bedeuten sollte. Konzeptionen und Konzeptionen wurden zugesagt, aus denen fast kreischend die Angst klang. . . .

Hat nun die Regierung kalt gelächelt oder hat sie vor Angst geschwiegt und gefreist? Hat sie zurückgewiesen oder Konzeptionen und Konzeptionen gemacht? Wer findet sich in dieser Ueberfülle von Phantasie noch zurecht?

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Belagerungszustand ehestens restlos beseitigt werden möge und hält daran fest. Sie hat eine Krise vor den Wahlen vermieden, aber zugleich erreicht, daß der Belagerungszustand faktisch beseitigt wird bis auf einige Reste, die gleichfalls rasch zu beseitigen ihr Bemühen bleibt. Das ist der einfache Tatbestand. Wollte die „Freiheit“ ihn anerkennen, so könnte sie sich alle quälvollen Verrenkungen sparen.

Genosse Stolten teilt uns mit, daß er nicht, wie die „Freiheit“ behauptet, bei der Abstimmung über die Aufhebung des Belagerungszustandes sitzen geblieben ist. Er war dabei gar nicht im Saale.

Untersuchung gegen den Frontbund.

Ein „zweifelloß staatsfeindliches Unternehmen“.

Aus dem Reichswehrministerium wird den P. P. N. geschrieben:

„Die Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 21. 5. bringt eingehende Angaben über eine auch von anderer Stelle wiederholt erwähnte Neugründung des „Frontbundes“. Es handelt sich hierbei um Zusammenschlußbestrebungen solcher Freikorps, welche infolge der Heeresverminderung vor ihrer Auflösung stehen. Das Ziel des Frontbundes muß man zweifelloß als disziplin- und staatsfeindlich bezeichnen. Es geht darauf hinaus, den von der Regierung erlassenen Befehlen über die Auflösung einzelner Freikorps Widerstand entgegenzusetzen.“

Das Reichswehrministerium hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß es nicht gesonnen ist, sich durch einen derartigen Versuch in der Durchführung der durch den Friedensvertrag von ihm geforderten Herabsetzung der Heeresstärke hindern zu lassen. Auch hat es die Dienststellen der Reichswehr darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestrebungen des Frontbundes letzten Endes auf nichts anderes herauskommen, als auf den Versuch, Angehörige der Reichswehr bei der Uebernahme in das verbleibende Heer herauszudrängen, um die dadurch frei werdenden Stellen Stellen der früheren Freikorps in einem Umfange vorzubehalten, wie es weit über den Rahmen jeder Billigkeit hinausgeht.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß keineswegs die Absicht besteht, die Angehörigen der Freikorps in irgendeiner Weise bei der Uebernahme in das neue Heer schlechter zu behandeln als die der Reichswehr, vorausgesetzt, daß sie sich der in jeder ordentlichen Truppe erforderlichen Disziplin unterzuordnen gewillt sind. Der Friedensvertrag trifft aber sämtliche Angehörigen der Wehrmacht mit gleicher Härte. Jede Verweigerung eines Truppenteiles konnte nur auf Kosten anderer geschehen.

Es kann als sicher angenommen werden, daß die Reichswehr selbst in keiner Weise mit den Urhebern des Frontbundes sympathisiert. Deren Versuche, anlässlich der Zusammenziehung der Truppen im Aufrechter ihrer Bestrebungen weiteren Eingang zu verschaffen, sind jedenfalls gescheitert. Wenn Teile der Neu-Brig. 7 anfänglich mit dem Frontbund zusammenzugehen versucht haben, so lag diesem Bestreben nur die Absicht zugrunde, die disziplinarfeindlichen Tendenzen des Frontbundes durch Teilnahme verständiger Elemente auszumergen. (11. Red.) Wie auch aus der Veröffentlichung des „Vorwärts“ hervorgeht, ist dieser Versuch allerdings nicht von Erfolg be-

gleitet gewesen. Die im Frontbund befindlichen Angehörigen der Freikorps haben sich nicht gewillt, gegen den maßgebenden Einfluß der Reichswehr in dem neuen Bunde zuzulassen.

Vom Reichswehrministerium ist eine Untersuchung der ganzen Angelegenheit eingeleitet worden. Die Öffentlichkeit wird von ihrem Ergebnis unterrichtet werden.“

Eine Untersuchung — ist das alles? Hier muß nicht untersucht, sondern gehandelt, zugegriffen werden!

Reaktionäre Umtriebe.

Schlesien und Ostpreußen.

In einer Breslauer Versammlung machte der sozialdemokratische Stadtrat Genosse Frey, nach Redungen Breslauer Mütter die aufsehenerregende Mitteilung, daß seit fünf Wochen rund um Breslau neue Truppenzusammenschlüsse stattgefunden, so daß die Stadt jetzt vollständig garniert sei. In Carlstadt seien zwei neue Infanterieregimenter, eingetroffen, auch das Freikorps Haffel und das Freikorps Paulsen befänden sich dabei. In Wohlau liege das Freikorps Kulod, das längst aufgelöst sein sollte, zum Teil in Jübil, dabei mit Waffen versehen. Der Schlesische Landbund habe mehrere hinter verschlossenen Türen gelagert, um über den Nationalen Soldatenbund zu sprechen. Am Donnerstag habe eine neue Logung stattgefunden, in die sich zwei Sozialdemokraten einschleichen vermocht hätten. Herr v. Nischawen-Boguslawitz habe in dieser Versammlung ausgeführt, die

Hauptfrage sei, daß jeder eine Platte habe und zwar möglichst eine Schrottplatte, damit kein Schlegele. Dr. Krüger erklärte, daß die Organisation auch in der Provinz gute Fortschritte zeitle und in Breslau nahezu vollendet sei. Diese Organisation sei eine Notwendigkeit, da man wisse, daß bei ungünstigem Wankausfall eine mächtige rote Armee von etwa elf Kompagnien und der Arbeiterwehr den Bürgerkrieg entfesseln würde. Das gleiche müsse von Seiten der Rechtsparteien geschehen, wenn die Wahlen gegen sie sprächen. Dann wurden die Namen der verschiedenen Kommissionsmitglieder des Schlesischen Geheimbundes bekanntgegeben. Als die Angelegenheit bis zu diesem Punkte gediehen sei, sei die Breslauer Polizei eingeschritten, habe die Versammlung aufgelöst und die Akten beschlagnahmt.

Auf Grund der von dem Genossen Frey angeführten Tatsachen hat am Freitag früh in Breslau eine Besprechung mit dem Regierungskommissar stattgefunden, an der die Vorsitzenden der Koalitionsparteien, Geheimrat Dr. Vorsch, Winger, Stadtrat Pfescher sowie andere maßgebende Mitglieder dieser Parteien teilgenommen haben und zu der auch der kommandierende General des 6. A. R. von Horn, der Chef des Generalstabes Oberstleutnant Scheinbach und der erste Generalstabsoffizier hinzugezogen waren.

Die Behauptung, daß Breslau zum Zwecke eines neuen militärischen Aufschubes von Truppen umgeben würde, wurde vom Generalkommando auf das energischste in Abrede gestellt. Bei den unrichtig gedeuteten Truppenbewegungen handelt es sich um Umformungen und Verschiebungen, die durch Zurückführung des Heeresstandes, die bis zum 25. Mai stattfinden hat, bedingt sind.

Um diese Umformungen auf ihre Richtigkeit hin nachzuprüfen, ist eine von einem Generalstabsoffizier begleitete, aus Vertretern der drei Koalitionsparteien und des Republikanischen Führerbundes gebildete Kommission mittags 12 Uhr in einem vom Generalkommando gestellten Auto in die Umgebung abgereist. — Die Führung dieser Kommission liegt in der Hand des Jübil.

Ebenso wurde die Gefahr eines linksradikalen Aufschubes als den Tatsachen nicht entsprechend bezeichnet.

Was endlich die Beschlagnahme gegen den Schlesischen Landbund betrifft, so hat an dessen gestriger Versammlung auch das Mitglied der demokratischen Partei, Dr. Josef, teilgenommen, der sofort über die Vorgänge vernommen werden wird. Das gesamte Stenogramm über die Verhandlungen hat der Polizeipräsident beschlagnahmt und die energische Untersuchung der ganzen Angelegenheit sofort in die Hand genommen.

Gleichzeitig mit den erwähnten Alarmmeldungen aus Schlesien erhalten wir aus Ostpreußen die Nachricht,

Wahlvorschläge.

Deutscher Wähler, deutscher Bürger,
nimm zusammen deinen Grips,
wen wirft du zum Reichstag schiden —
Dinze, Runge oder Jips?
Ueberleg' es!

Hörst du einen, der im Kriege
weit von allen Fronten war,
lähn behaupten: „Ja, wir siegten,
stand das Volk nur noch ein Jahr“ —
Diesen wähle!

Wenn ein Herr von tausend Redern
„Doch der König!“ trunken schreit,
und sein zehntes Glas dem fernem,
vielleicht geliebten Herrscher weicht —
der ist richtig.

Singen lachend Millionen
national und liberal,
winken Stresemanns Genossen
zahlungslosig zu der Wahl —
ihnen folge!

Zeigt mit Wehmut seinen Degen
ein Kapistengeneral:
„Hier ist Schutz vor den Proleten,
Wunder wirkt der blankte Stahl.“
Ihm die Stimme!

Si, dann bist du wohl Berater,
kriegt wie vorher deinen Tritt;
darfst auch wieder Speichel ledern
hinter deiner Ohren Schritt,
deutscher Bürger.

Schlarsoll.

Wer kennt den gefallenen Kämpfer? So fragt das „Dreier Wochenblatt“ seine Leser, indem es ihnen eine Festschrift aus Duisburg mitteilt, die sich erkundigt, ob irgend welche Angehörige eines der Kämpfer im Westen gefallenen Proletariats in Bremen wohnen. Die Festschrift ist ein Denkmal für den, dessen bis zum Tode getreues Handeln sie nennt. So soll sie weithin in Deutschland gelesen werden. Sie lautet: Bei den Unruhen im März spielte ein gewisser Theodor Lorenz, der Sohn eines bremischen Tischlermeisters, eine große Rolle. Mit seiner Kompagnie kam er von Wattenweid über Herne, Dortmund, Bochum, Soltrapp nach Duisburg. Ueberall leitete er trotz seiner Jugend die Gefechte mit großer Umsicht und Ruhe, er selbst schützte seine Gefolge mit großer Umsicht und Ruhe, er selbst schützte seine Gefolge mit großer Umsicht und Ruhe, er selbst schützte seine Gefolge mit großer Umsicht und Ruhe. Vor Weisel war er nachher Abschnitzkommandeur und nicht weniger als gut 6000 Mann standen unter

dem Kommando dieses jungen Feldherrn. Dort wurde er verwundet, aber ein Jurist gab es für diesen jungen Kämpfer nicht, er wurde Kommandeur der gesamten Artillerie, und hier opferte der junge Mann sich auf, denn er ist seinen Verletzungen am 8. April erlegen. Hier in Duisburg wie in Essen ließ er große Umsicht walten, denn die Leute, die er unter seinem Kommando hatte, gingen für ihren jungen Führer durchs Feuer und gehorchten ihm aufs Wort, denn er hatte sich das Vertrauen der Leute erworben. Wir werden dem Genossen ein bleibendes Andenken bewahren. Er wurde in Barmen unter Mitwirkung einer Musikkapelle und des Arbeitergesangsvereins beigesetzt.

Glück Dug. Sie ist wieder in Berlin. Singt mit beglückender Leichtigkeit, die ein Sieg der Technik, mit seidenweicher Empfindung, die eigenartig, traulich und jubelnd ist. Arien Mozarts, Tschaikowskys, Puccinis, Bizet. Ein herrlicher Schöngesang aus italienischer Schule, sonnenklar in der Höhe und jetzt auch voll und beseelt in der dunklen Mittelstufe. Ein leises Reigen des Körpers, ein Vibrieren der Schultern, der ganze Wurf ihrer gezeichneten Bewegung und des freudvoll-leidvollen Mimikspiels verrät nicht nur fühlendes Herz, sondern veredelt, mühsam unterdrücktes, motorisches Mitgehen, schauspielerisches Drängen. Kein Schwanken in der kleinsten Nuance, die der Augenblick gebietet, kein Versagen des beweglichsten Tons, vollendet eingestimmt auf die Begleitung Seidler-Wüllers. Wo singt die Dug? In der Bühnharmonie. Nicht in der Staatsoper. Welche Kraft liegt drin, wird nicht genutzt, nicht auf Händen getragen, nicht umworben? Die Intendanz muß wissen, was sie tut. Aber sie würde auch im Gefühl eines formalen Rechts einen Weg der Verständigung finden; und ohne daß eine Künstlerin von der Kapazität der Dug zu Kreuz kriecht. Denn sie ist ein Liebling des Publikums und ein Liebling der Götter dazu. Zwischen Himmel und Erde aber stellt sich ein Mann wie Schillings sicher nicht lange drohend auf. Darum: gebt Euch die Hände! K. S.

Der Theaterzettel und die geadelten Klaffler. Wer in diesen Tagen die Zeitkritik „Die Kritik“ durablätterte, die das gesamte kritische Material über alle guten und bösen Taten des deutschen Teaters aufbewahrt, der konnte, schreibt Eugen Kellian in der „Frankf. Ztg.“, sich mit einiger Genugtuung darüber belehren, daß im Laufe der letzten Wochen an drei namhaften deutschen Bühnen „Faust“, eine Tragödie von Johann Wolfgang von Goethe, in neuer Einübung gespielt wurde. Mit diesem Wortlaut nämlich hat das Programm jener Bühnen die Aufführung des Stückes angezeigt. Ob sich, fragt Kellian, die betreffenden Direktoren wohl dieser Lächerlichkeit bewußt sind? Und er antwortet: Schon die biedere Mitteilung des Vornamens ist eine große Gesichtslosigkeit. Man ehre die Wahrheit! Großen dadurch, daß man sich auf die Nennung des einen vielsagenden Namens beschränkt. Aber gar der Adel! Von der chronologischen Unrichtigkeit nicht zu reden. Wollte man etwa die „Hant von Messina“ als eine Tragödie Friedrich von Schillers, die „Katharina Töchter“ als eine „Wolfgang von Goethes“ bezeichnen, so könnte man mit dem Präsidenten von Walter sagen: „Das möchte noch hingehen.“ Entscheidungzeit und Charakter der Werke gäben wenigstens eine gewisse Erklärung — wenngleich keine

Entschuldigung der Gesichtslosigkeit. Wenn aber Schillers revolutionäre Jugenddramen, die „Räuber“ und „Luise Millerin“, wenn Goethes „Götz“ und „Faust“ auf dem Theaterzettel — wie unablässig zu erleben! — die Namen der geadelten Dichter tragen, so ist jede weitere Diskussion von Ueberflus. Kann es etwas Bezeichnenderes geben für das, was einige Idealisten „deutsche Theaterkultur“ zu nennen liebten? Etwas Bezeichnenderes für die — trotz aller Revolutionen! — unausrottbare Bedientenfeele des deutschen Epichers? Man hat das schon einige Male in deutschen Landen gebrandmarkt. Ich selbst habe mich schon im waldemünsterischen Zeitalter darob ereifert (im ersten Bande meiner „Dramaturgischen Vorträge“ 1905). Ich verzichte darauf, es noch einmal zu tun. Es ist völlig zwecklos, wie die Statistik von 1920 lehrt. Wer dem deutschen Theater seine Schwächen vorhält, bemüht sich ungefähr in gleicher Weise, wie wer dem Dänen ins Horn weift. Dagegen sei der Gegenwart wieder einmal das schöne Schiller-Gebicht von A. v. Rastig ins Gedächtnis gerufen:

Er und sein Schicksal.

Deutscher Garde! Frei und groß,
Seltener fiel dein Lebensloos;
Wardst gefeiert und gepriesen,
Wardst verlehrt und verwiesen;
Angestaut in deinem Streben
Und der Armut preisgegeben.

Dumm gelobt und dumm gefadelt!

Und zuletzt auch noch geadelt —

Ah! vergiß den Vaterland,

Reißer, seinen Unterstand.

Johann Wolfgang von Goethe — Friedrich von Schiller — in meinem engeren Vaterlande Baden spricht man von Viktor von Scheffel — wir leben im gelegneten Zeitalter der Demokratie!

Theater. Die Erstaufführung des „Julius Cäsar“ im Großen Schauspielhaus findet am 2. Mai statt. — Das Schauspielhaus gibt heute zum 25. Male Schöns „Frau Warrens Gewerbe“, am 28. Mai „Der Gant“; somit wird Schöns Stadt bis zum Schluss der Spielzeit (31. Mai) täglich gegeben.

Die Subskriptionen werden am 1. Juni in Stockholm verteilt werden. Die Redebeiträge für Physik und Chemie von 1915 heraus werden bestands geladen. In den letzten Jahren haben die Preise für diese Gebiete an deutsche Forscher.

Ein Kolen list am 26. Mai, nachm. 4 Uhr, in den Kammerkellern Gedichte des jungen Schwedischen Dichters S. D. Steinberg. Der Dichter wird selbst einige Proben von sich vorlesen.

Gegen den Darwinismus protestiert die Kaiserliche Ortsgruppe des Deutschen Wissenschaftsbundes. Der Plan jeder in allen Teilen die Naturwissenschaft unter Wahrung der Namen Darwin und Huxel herabzusetzen und seine eigene zur Verdrängung des Volkes herzustellen zu sein.

Die schlesische Schauspielervereinigung hat an den Deutschen Bühnenvereine eine Festschrift gerichtet, in der sie mitteilt, daß sie offiziell mit dem Schauspielverein in der Erwartung einer einmütigen baldigen beiderseitigen „kulturellen Umänderung“ in Verbindung treten wolle, und der Deutschschlesische Schauspielverein hat dem Wunsch nach unipartikulärer Aufnahme mit der schlesischen Vereinigung Ausdruck gegeben. Eine eifrige Annahme!

Uniges und Ceteris paribus finden am 26. Mai, abends 8 Uhr, im Reichstheater Hermann Kellian (Kriegsgericht Schlichter) und Hermann Kellian (österreichische Lieber zur Laute).

Das Offiziersproblem.

Von Willi Meyer, Hauptmann a. D.

Von allen Berufsständen findet sich am schwierigsten das Offizierskorps mit unserer neuen Staatsform ab. Das ist durchaus erklärlich. Wir Offiziere waren die Träger und Stützen des alten Systems. Durch die Erziehung, die die meisten von uns im Haus, im Kadettenkorps und im Regiment genossen haben, wird uns das Umlernen ganz besonders erschwert. Die Welt wurde uns ja in einem so ganz anderen Licht gezeigt. Und über die wichtigsten staatlichen und sozialen Probleme haben die meisten von uns bis zum Kriege und viele auch während des Krieges nie ernstlich nachgedacht. Einmal beschäftigten uns andere, weniger geistige Dinge und dann war uns ja das Treiben von Politik bekanntlich verboten. Gespräche über Staatsformen, Verfassungsfragen, Arbeiterfragen und ähnlichem fielen, wenn sie mit etwas Temperament geführt wurden, schon unter dieses Verbot. Ich habe es mehr als einmal erlebt, daß der Tischvorstand rügend eingriff, wenn wirklich einmal im Kasino die Unterhaltung auf solche Dinge kam.

Unter diesen Verhältnissen sind die Offiziere aufgewachsen und alt geworden. Gewisse Gedankengänge haben sich, wie der Fluß im Boden, ein Bett im Gehirn gegraben und folgen nur noch dieser Rinne. Genau so, wie sehr viele unserer Volksgenossen nicht mehr unbefangenen über religiöse Dinge denken können, eben weil ihnen von Kindesbeinen an gewisse Anschauungen fest und tief ins Gehirn geprägt worden sind, genau so können viele Offiziere nicht mehr unbefangenen denken. Das ist nun leider einmal so und mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. Aber kein Mensch darf daraus ein Recht herleiten, die Offiziere zu verdammen und sie in verletzender Weise herabzusehen. Nein, Jeder von uns (einerlei was Standes), der glaubt, in seinen Auffassungen und Anschauungen freier und vorurteilsloser zu sein, hat m. E. die Pflicht, für seinen Teil und an seiner Stelle mitzuarbeiten, daß diesen Volksgenossen in ihrer geistigen Not geholfen werde.

Aus vielen Besuchen und zahlreichen Zuschriften, die ich bei verschiedenen Gelegenheiten, insonderheit bei der Gründung der Offiziersvereinigung der Deutschen Republik erhalten habe, erlaube ich, daß die Anzahl der Offiziere erfreulich im Wachstum begriffen ist, die sich freimachen von all den längst lebensunfähig gewordenen Anschauungen und Ideen vergangener Tage und die die Zeichen ihrer Zeit zu verstehen beginnen. Das Tempo der so notwendigen Vergrößerung des Kreises dieser Männer wird davon abhängen, wie in Zukunft das Verständnis für die Lage der Offiziere seitens der anderen Volksgenossen sein wird. Bleibt die Kritik, wie es jetzt nicht selten der Fall ist, weiter so unbedingtes, gehässige, verständnis- und mitleidlos, so werden große Teile des Offizierskorps in ihrer bisherigen starren Opposition verharrten. Es gilt aber, das Offizierskorps zu gewinnen für positive Mitarbeit am Aufbau unseres staatlichen Gebäudes und unserer neuen Wirtschaft. Und es ist dringend nötig, die vielen brauchbaren und sehr schätzenswerten Kräfte, die im Offizierskorps ohne Frage liegen, für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. In unserer verarmten Welt sind wir es uns wohllich nicht leisten, eine lange Reihe tüchtiger Männer schmollend und großtun abseits stehen zu lassen. Auch können wir es auf die Dauer unmöglich ertragen, daß eine Minderheit, die über einen nicht zu unterschätzenden Einfluß verfügt, weiter in so verzweifelter Geistesnacht zur Republik verharret. Wenn dieser Zustand nicht geändert wird, wird er über kurz oder lang zum Bürgerkrieg führen. Den aber müssen wir vermeiden. Und deswegen muß die öffentliche Kritik unbedingt sachlicher und verständnisvoller werden. Es darf nur das System und nicht der Systemträger schlechthin bekämpft werden. Es ist richtig, die Verständnislosigkeit großer Teile des Offizierskorps für das Leben und die Not des Proletariats war abgerundlich. Wohin sie geführt hat, wissen wir

heute. Wollen gewisse Teile der Arbeiterschaft jetzt dem Offizierskorps gegenüber in denselben Fehler verfallen?

Ein anderes Mittel, eine blutige Ausrottung der Gegensätze zu verhindern, sehe ich darin, daß diejenigen Offiziere, die ehrlich überzeugte Republikaner geworden sind, mit ihren Anschauungen öffentlich bedeutend mehr hervortreten, als bisher und daß sie öffentlich in nicht mißzuverstehender Weise abriden von Persönlichkeiten, die durch ihr Verhalten dem Offizierskorps in den Augen jedes denkfähigen Menschen unermesslichen Schaden zugefügt haben. Gätten z. B. die Drahtzieher des Kapp-Putschs und einzelne andere Persönlichkeiten, deren Taten nur mit Abscheu genannt werden können, von einer größeren Zahl ihrer eigenen Standesgenossen eine öffentliche scharfe Zurückweisung erfahren, so würde dadurch vielleicht mancher Offizier, der gedankenlos den alten Weg noch weitergeht, zum Nachdenken und zur Umkehr gebracht worden sein. Außerdem würde ein solches Vorgehen der beste, offensichtlichste Beweis dafür sein, wie verkehrt es ist, wegen Vergehen einzelner oder einer Gruppe die Schale des Borns und der Verachtung unterschiedslos immer gleich auf die ganze Arbeiterschaft auszugießen. Eine sehr bequeme, aber unheilvolle Methode.

Die republikanischen Offiziere können ihrem Vaterland jetzt mehr nützen, als sie teilweise selbst glauben. Und die Zukunft wird dann zeigen, daß die wahren Interessen des Offizierskorps von ihnen am klarsten erkannt und am besten gefördert worden sind.

Wirtschaft

Der Valutasstand.

Die Besserung des Marktkurses hat angehalten, sie ist, soweit sich erkennen läßt, auf bedeutende Käufe deutscher Wertpapiere in den Vereinigten Staaten zurückzuführen, an der vermutlich Deutschamerikaner hervorragend beteiligt sind. Wurde im verflochtenen Vierteljahr unsere Mark durch zielbewußt arbeitende Spekulanten an den Auslandsbörsen weit unter ihren Wert heruntergehandelt, so scheint jetzt die Gegenbewegung am Werk zu sein, die Mark hoch aufzuspülten. Die Schließung des „Pochs im Westen“ hat an sich zweifellos durch Behinderung der entfehrlichen Einfuhr günstig gewirkt, auch hat sich das Verhältnis unserer Einfuhr zur Ausfuhr anscheinend besriedend entwickelt. Es ist sehr zu bedauern, daß der Presse über unsere Ein- und Ausfuhrziffern keine Angaben gemacht werden und wir daher nur auf Schätzungen angewiesen sind. Eine stabilisierte Valuta wäre für uns viel wertvoller, als eine aufsteigende, von der wir nicht wissen, ob sie nicht schon morgen den Rücklauf antritt. So kommt das Wirtschaftsleben infolge dieser Valutaschwankungen und Spekulationen aus der Erregung und der Erschlüftung nicht heraus.

Je mehr deutsche Wertpapiere und Zahlungsmittel ins Ausland gelangen, desto mehr werden wir gegenüber den fremden Spekulanten, die schließlich mit einfachen Börsenmanövern mit und geradezu Fangball spielen können. Es kosteten am:

Table with 4 columns: Currency, 14. 5., 21. 5., 10 Jähr. Friedenskurs. Rows include 100 holländische Gulden, 100 schweiz. Franken, 100 franz. Franken, 100 italien. Lire, 100 schwedische Kronen, 100 dänische Kronen, 100 spanische Peseten, 1 engl. Pfund, 1 amerik. Dollar.

Die vorstehende Tabelle gibt die Preise der Zahlungsmittel, nicht aber Warenpreise an. Aus ihr läßt sich also bezüglich der Exportfähigkeit deutscher Waren in das Ausland und auch der Valutagewinnabgaben keine Schlußfolgerung ziehen. Auch im Ausland sind die Produktionskosten bedeutend gestiegen seit

1914. Betragen doch die Löhne in den Vereinigten Staaten das 2 1/2-fache, in Schweden das 4fache, in Belgien und Italien ebenfalls.

Nichts als Verteuerungen.

Erhöhung der Druckpapierpreise ohne Ende.

Seit der letzten amtlichen Festsetzung der Druckpapierpreise sind die Preise für Kohlen, Zellstoff und Holzstoff sowie die Löhne wieder erheblich gestiegen. Die Druckpapierfabrikanten haben nach eingehenden Verhandlungen ihre dieser Steigerung der Produktionskosten entsprechenden Forderungen wesentlich ermäßigt, in der Erwägung, daß andernfalls sich zu erwegende Folgen für einen großen Teil der Presse eintreten könnten. Den ermäßigten Forderungen mußte trotz aller Bedenken durch eine Preisserhöhung Rechnung getragen werden, die mit einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 18. Mai 1920 erfolgt ist.

Verhinderung des Kohlenwirtschaftsgesetzes im Reichsrat.

Der Entwurf des neuen Kohlenwirtschaftsgesetzes ist am 10. Mai vom Reichswirtschaftsministerium in einer Besprechungsbesprechung der Vertreter der Länder zur Beratung vorgelegt worden. Die Ländervertreter haben es jedoch abgelehnt, in eine Beratung des Entwurfs einzutreten. Trotzdem das Reichswirtschaftsministerium und das Reichskabinett mit der größtmöglichen Beschleunigung die Vorlage zur Erledigung gebracht haben, um die Verordnung noch rechtzeitig der Nationalversammlung vorlegen zu können, und ihr noch vor dem Auseinandergehen des Parlaments Rechtskraft zu verleihen, hat der Reichsrat bei seiner Sitzung vom 18. Mai den Entwurf seinen Ausschüssen überwiesen. Das Reichswirtschaftsministerium hatte ausdrücklich im Reichsrat darum gebeten, von seinem Rechte einer vierzehntägigen Bedenkzeit zwischen Kenntnisnahme und Erledigung abzuziehen. Trotz der Dringlichkeit der Vorlage konnte sich der Reichsrat nicht dazu verstehen, in eine sofortige Behandlung einzutreten. Damit ist die Erledigung des Kohlenwirtschaftsgesetzes bis nach den Wahlen verzögert.

Höhere Seifenpreise. Die Herstellung der Seife hat sich in der letzten Zeit durch die erhöhten Verarbeitung- und Rohstoffkosten, die bisher infolge alter Bestände auch gegenüber dem jetzigen verbesserten Stande der Valuta unter dem derzeitigen Weltmarktpreise zugeteilt werden konnten, weiter verteuert. Ein Stück A.-Seife von 100 Gramm wird nunmehr im Kleinverkauf 2 M., ein Stück Feinseife im gleichen Gewicht 5 M. kosten, während der Preis der Kernseife für ein Stück ebenfalls 5 M. beträgt. Der Preis des R.-A.-Seifenpulvers ist 3,50 M. für 250 Gramm. Die Preise sollen nicht mehr wie bisher auf die Seife gedrückt werden, einmal, weil die dazu nötigen Veränderungen an den Maschinen zu lange Zeit erfordern, andererseits aber auch, weil die aufgedruckten Seifenpreise sich leicht erniedern lassen und ein wirksamer Konsumentschutz nicht möglich ist. Statt dessen soll das Publikum künftig über die jemals geltenden Preise durch die Tageszeitungen unterrichtet werden.

Verpackungskosten für Butter. Die Preise der Verpackungsgebilde für Butter und des Pergamentpapiers, das zum Auslegen der Buttertonnen verwendet werden muß, sind in einer andauernden Steigerung begriffen. Demzufolge hat sich die Reichsfinanzstelle mit besonderer Vergütung für die Verpackung der Butter unter gewissen Umständen einverstanden erklärt. Mit Genehmigung der Bundeszentralbehörden ober der von ihnen bestimmten Stellen kann bei Vorliegen eines dringenden Bedürfnisses den Pflanzereien gestattet werden, bei Verwendung neuer Buttertonnen und echten Pergamentpapiers zur Verpackung der Butter bis zu 20,- M. je Zentner gesondert in Rechnung zu stellen.

Wie die Schuhe verteuert werden. In dem in Nr. 165 des „Vorwärts“ erschienenen Artikel sendet und das frühere Vorstandsmitglied der Reichshandelsverfängerung durch seinen Anwalt folgende Mitteilung:

Es ist zwar richtig, daß der Rechtsanwalt Amend Herrn Großlich einen Teil des bei den militärischen Instandsetzungsämtern lagernden Schuhwerks zugeteilt hat, unrichtig aber ist, daß er dafür 100.000 M. Provision erhalten hat. Er hat nicht einen Pfennig Provision erhalten.

Berichtigungen. 20 Prozent Teuerungszuschlag im Sortimentsbuchhandel. In Nr. 256 des „Vorwärts“ war infolge eines Druckfehlers statt 20 Proz. 80 Proz. angegeben.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Isak tat mehr, er kaufte den Jungen Winteranzüge und unzerreißbare Stiefel. Aber als dies getan war, ging Isak zum Kaufmann und bestellte einen Ring. „Einen Ring?“ fragte der Kaufmann. „Ja, einen Fingerring. Ich bin so hoffärtig geworden, daß ich meiner Frau einen Fingerring schenken will.“ „Soll es ein silberner oder ein goldener sein, oder nur einer aus Messing, der im Goldbad gemessen ist?“ „Es soll ein silberner sein.“ „Der Kaufmann überlegte lange, dann sagte er: „Wenn du das tun willst, Isak, und wenn du deiner Frau einen Ring verehren willst, den sie zeigen kann — so kauf ihr einen goldenen Ring.“ „Was?“ sagte Isak laut. Aber im innersten Herzen hatte er wohl selbst an einen goldenen Ring gedacht gehabt.

Sie besprachen es nach allen Richtungen und einigten sich schließlich über Größe und Preis des Ringes; aber noch immer überlegte Isak und schüttelte den Kopf und meinte, daß sei doch ein teures Stück, aber der Kaufmann wollte eben durchaus einen echt goldenen Ring bestellen. Als Isak heimwärts wanderte, war er eigentlich froh über seinen Entschluß, aber zugleich entsetzte er sich über die Ausgaben, zu denen einen die Liebe bringen konnte.

Es war ein richtiger Schneewinter, und als gegen Neujahr eine gute Bahn war, fingen die Leute aus dem Dorf an, Telegraphenstangen über die Moore herauszuführen und sie in gewissen Abständen voneinander abzuladen. Sie fuhren mit vielen Pferden an Weidabäck vorüber, kamen auch an Sellanrao vorbei — schließlich trafen sie mit anderen Werten zusammen, die jenseits des Gebirges Stangen herauszuführen, und da war die ganze Linie vollständig.

Es berging ein Tag um den andern, ohne große Ereignisse. Was hätte geschehen sollen? Im Frühling begann man mit dem Aufstellen der Telegraphenstangen. Brede Olsen war auch wieder dabei, obwohl er die Frühjahrsarbeit auf seinem Hofe hätte besorgen sollen. „Daß er Zeit dazu hat!“ fragte sich Isak wieder.

Isak selbst hatte kaum Zeit zum Essen und Schlafen, er konnte kaum alles zur rechten Zeit fertig bringen, seine Felder waren jetzt recht groß geworden.

Aber dann zwischen der Heu- und Getreideernte brachte er das Sägewerk unter Dach und konnte sich nun an das Einfeilen der Säge machen. Seht, es war kein Wunderwerk von einem Holzbau, den er fertig gebracht hatte, aber der Bau war riesenstark und stand nun da und war von großem Nutzen. Die Säge ging, die Säge schnitt. Isak hatte seine Augen gebraucht, wenn er drunten im Dorf in der Sägemühle gemeien war, und sich alles wohl gemerkt. Es war eine herzlich kleine Sägemühle, die er da errichtet hatte, aber er war zufrieden mit ihr, er hielt die Jahreszahl über der Tür ein und setzte sein Namenszeichen darunter.

Und in diesem Sommer ereignete sich nun doch mehr als gewöhnlich auf Sellanrao.

Die Telegraphenarbeiter waren jetzt so weit hinaufgekommen, daß die erste Gruppe eines Abends an dem Hof anknopfte und um Obdach bat. Die Leute durften in der Scheune schlafen. Als die Tage vergingen, kam auch die zweite Gruppe, und alle bekamen Obdach auf Sellanrao. Die Linie wurde am Hofe vorbei weiter hinaufgeführt, aber die Leute kamen trotzdem noch auf den Hof, um da zu übernachten. Und an einem Samstagabend kam der Ingenieur, um die Löhne auszusahlen.

Als Ejeus den Ingenieur sah, bekam er Herzklappen, und er schlich sich zur Tür hinaus, um nicht nach dem farbigen Bleistift gefragt zu werden. Ah, das war ein böser Augenblick, und Sivert kam auch nicht heraus, an dem er ein wenig eine Stütze hätte haben können! Wie ein bleiches Geistesst alt Ejeus um die Hausdecke; endlich traf er die Mutter. Ejeus hat sie gleich, sie mochte Sivert herauslösen, er konnte sich nicht anders helfen.

Sivert nahm die Sache weniger schwer, er hatte ja auch nicht die große Schuld auf sich liegen. Die Brüder ickten sich, gingen abseits zusammen, und Ejeus sagte: „Wenn du es auf dich nehmen würdest!“ — „Ach?“ sagte Sivert. — „Denn du bist so viel kleiner, dir würde er nichts tun.“ — Sivert überlegte, er sah, daß der Bruder in großer Not war, und es schmeichelte ihm auch, daß Ejeus ihn bayete. — „Ich könnte dir vielleicht eine Sonderzahlung tun.“ sagte er altfing. — „Du mußt es tun!“ rief Ejeus und drückte einfach seinem Bruder das Stückchen, das noch von dem farbigen Bleistift übrig war, in die Hand. „Es soll dir gehören.“ sagte er.

Sie wollten miteinander wieder hineingehen, aber Eleus sagte, er habe noch etwas am Sägewerk zu tun, etwas, was er nachsehen müsse, es gehe nicht so schnell, er werde kaum vor einer guten Weile fertig werden. Darauf ging Sivert allein hinein.

Da sah der Ingenieur mit Silbergeld und Banknoten vor sich und zahlte die Löhne aus. Als das geschehen war, setzte ihm Inger einen Topf Milch nebst Glas vor, und er war dankbar dafür. Er trank. Dann plauderte er mit der kleinen Leppoldine, und als er die Zeichnungen an den Wänden sah, fragte er gleich, wer denn der Meister sei, der sie gemacht habe. „Wist du es?“ fragte er Sivert. Der Ingenieur wollte sich wohl bei der Mutter für die Gastfreundschaft dankbar erweisen. Er erwiderte der Mutter Herz, indem er die Zeichnungen lobte, und Inger gab eine gute Erklärung. Ihre Duben hätten die Zeichnungen gemacht, selbe Duben; bis sie heimgekommen und dafür geforgt habe, hätten die Kinder kein Papier gehabt und deshalb die Wände bekräftelt, nun habe sie das Herz nicht, es abzuwaschen. — „Daß es nur stehen.“ sagte der Ingenieur. „Papier?“ sagte er und legte eine Menge großer Pagen auf den Tisch. „Da, zeichnet nur weiter, bis ich das nächste Mal wieder komme! Wie steht es denn mit Bleistift?“ — Da trat Sivert ganz einfach mit dem Bleistiftstumpfen vor und zeigte, wie klein es war. Und siehe, er bekam einen neuen, noch ungespitzten farbigen Bleistift! „Zeichnet nur drauf los! Aber macht lieber das Pferd rot und den Bod blau. Nicht wahr, du hast noch kein blaues Pferd gesehen?“

Dann ging der Ingenieur wieder fort.

Am selben Abend kam ein Mann vom Dorf herauf mit einem Kragen auf dem Rücken. Er gab einige Flaschen für die Arbeiter ab und entfernte sich dann wieder. Aber nachdem er gegangen war, blieb es nicht mehr so still auf Sellanrao; die Ziehharmonika ertönte, es wurde laut gesprochen und gelungen und auf dem Hofplatz getanzt. Einer der Arbeiter forderte Inger zu einem kleinen Drehum auf, und Inger — ja wer verstand sich auf sie? Sie schrie und tanzte wahrhaftig ein paarmal im Kreise herum. Als dies getan war, wollten die andern auch mit ihr tanzen, und da tanzte sie recht flott mit.

(Forti. folgt.)

Groß-Berlin

Pfingstwanderung ins Havelland.

Eine zweitägige Fahrt.

Am 1. Pfingstfeiertage begeben wir uns nach dem Stettiner Vorortbahnhof und fahren um 8.50 Uhr nach Oranienburg. Wir fahren an den Villenkolonien Weidmannslust, Hermendorf und der Gartenstadt Frohnau vorbei, sehen zur linken Seite das Dorf Stolp liegen, durchfahren das ehemalige Postamt Oranienburg, kommen zum Lehnitzsee — auf dem wir schon einige Angler erblicken — und nähern uns immer mehr der Stadt Oranienburg. Der Zug fährt in den Bahnhof ein. „Oranienburg“. Hier beginnt die Wanderung ins Havelland und zwar von der Kremmener Landstraße aus.

Zu beiden Seiten sehen wir Landhäuser. Wir befinden uns in der 1893 angelegten Ostvillenkolonie Eben. Noch 2,5 Kilometer und wir haben das erste Dorf, Germendorf, erreicht. Wir durchqueren das Dorf und wandern noch eine halbe Stunde auf der Landstraße. Dann betreten wir die Germendorfer Heide. Hier lassen wir uns im Grünen zur Frühstückspause nieder. Nachdem wir uns gestärkt, ziehen wir durch die Schwaner Forst, die neben tiefen auch Laubbäume aufweist. Wir kommen an Sommerwalde, einer Besitzung des Rittergutsbesizers Sommer mit stattlichem Schloß vorbei, überschreiten die Hülfsbrücke und verlassen die Oranienburger Bahnstraße und halten gegen Mittag in dem einfachen Landstädtchen Kremen unseren Einzug. Nach reichlicher Rast brechen wir auf, verlassen Kremen und wandern auf der Landstraße an den Vorwerken von Schwante, Amalienfeld und Rudow vorbei — zwei Gehöften — vorbei, ziehen durch Schwante, ein kleines Dorf, betrachten die 1780 umgebaute Granitzkirche und marschieren über Vehlitz nach Eichstädt. Nachdem wir Eichstädt verlassen, wandern wir auf einem Feldwege, der hinter der Windmühle links abbiegt, nach dem Ofen- und Industrieort Velten. Er ist schon von weitem mit seinen beiden Kirchen und durch seine vielen Fabriksteine sichtbar. In Velten angelangt, suchen wir uns Quartier, nehmen unser Abendessen ein und begeben uns zur Ruhe.

Der zweite Tag hat begonnen. Wir rüsten uns zur Besichtigung Velten und besuchen das sehenswerte Ortsmuseum. Langsam ziehen wir dann nach Marzahn, durchqueren das Dorf bis zur Kirche und wandern weiter auf einem Feldwege nach Böhm. Böhm ist ein hübsches Dorf, die Häuser sind mit Birkengrün festlich geschmückt. Weiter wandern wir nun nach Forsthaus Blockbrunn, wo wir uns zur Kaffeepause niederlassen. Gestärkt sehen wir dann unsere Wanderung nach Hennigsdorf an der Havel fort, von wo wir unsere Rückreise antreten.

Zum Pfingstverkehr.

Für den Pfingstverkehr haben alle Berliner Verkehrsmittel wie gewöhnlich umfassende Vorbereitungen getroffen. Die Große Berliner Straßenbahn läßt an den beiden Pfingsttagen bei gutem Wetter Frühzüge etwa von der fünften Morgenstunde an verkehren. — Die Berliner Elektrischen Straßenbahn läßt am 1. und 2. Pfingstfeiertag auf ihrer Bahnlinie nach Treptow folgende Wagen verkehren: früh 8.48 Uhr ab Pantow in halbstündlichem Verlaufe. Ab Holmannstraße 4.50 Uhr, ab Rottbuser Brücke 4.30 Uhr. — Die Spreewald-Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“ läßt ihre Dampfer in der üblichen Weise verkehren. — Die Teltower Kreis-Schiffahrt verkehrt an beiden Pfingstfeiertagen aus dem Teltowkanal nach Potsdam. Die Abfahrt erfolgt von Neutal, Rudower Straße 8 Uhr vormittags, Tempelhofer Hafen 8.30 Uhr vormittags, Steglitz, Victoria- und Siemensstraße 9 Uhr vormittags, Lichterfelde, Giesendorfer Straße 9.20 Uhr vormittags. Rückfahrt abends 7.15 Uhr ab Potsdam, Restaurant Schulze, ab Glienicker Brücke 7.45 Uhr, ab Neubabelsberg, Bahnhof 8.15 Uhr. Fahrpreis für die einfache Fahrt für Erwachsene 3 M., für Kinder 2 M.

Auf der Strecke Tempelin—Fürstenberg (Redib.) verkehren im Mai an Sonn- und Festtagen folgende Züge: Zug 9063 Tempelin ab 8.20 Uhr vormittags, Fürstenberg an 7.04 Uhr vormittags. Zug 9064 Fürstenberg ab 7.49 Uhr vormittags, Tempelin an 8.22 Uhr vormittags. Zug 9065 Fürstenberg ab 12.27 Uhr nachmittags, Tempelin an 1.35 Uhr nachmittags. Zug 9063 Tempelin ab 9.45 Uhr vormittags, Fürstenberg an 11.05 Uhr vormittags.

Am Sonnabend, 22., und am Dienstag, 25. Mai, fällt die juristische Sprechstunde aus.

Magistrat v. Schulz ist gestern an den Folgen einer Operation, der er sich gestern unterzogen hatte, verstorben. Er hatte ein Alter von 66 Jahren erreicht; seit über 30 Jahren stand er im Dienste der Stadtgemeinde, um die er sich als Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ganz hervorragende Verdienste erworben hat. Einigungsämter und Schiedsgerichte leitete er mit voller Umsicht. In solcher Stellung hat er in unendlich vielen Fällen nicht nur in Berlin, sondern auch im Reich Lohnstreitigkeiten und andere Differenzen zwischen Arbeitgebern und -nehmern mit großem Geschick beigelegt und so die Wahrung des sozialen Friedens nach Kräften gefördert. Der Magistrat und die Deamenschaft bedauern das Hinscheiden des allgemein beliebten Mannes unendlich. Auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft wird sein Tod Anteilnahme und Trauer erwecken.

Zu dem Voranschlag in der Wilhelmstraße wird mitgeteilt, daß es der Kriminalpolizei gelungen ist, einen der beiden schuldigen Mörder festzustellen. Es ist ein 24 Jahre alter, aus Berlin gebürtiger früherer Oberpostkassier Hans König, der sich zuletzt unangemeldet bei seiner Schwester in der Starogarder Straße 19 aufhielt und sich wahrscheinlich ebenso wie der noch unbekannte zweite Mörder noch in Berlin verborgen hält. Die verhaftete Frau Kasse sagte bisher immer, sie habe den verhafteten Granat nur gegeben, um ihrem Manne einen „Denksatz“ zu verabsorgen. Jetzt gibt sie zu, daß ihr Auftrag dahin gelautet habe, sie von ihrem Manne zu befreien. Veranlaßt habe sie dazu die ständige schlechte Behandlung, die sie von ihrem Manne erfahren habe.

Berlin—Jülich. Die durchlaufenden Wagen nach dem Ausland sind während des Krieges nach und nach fast vollständig weggefallen. Jetzt werden sie allmählich wieder eingestellt. Der endgültige Entwurf zum Sommerfahrplan vom 1. Juni bringt soeben zum ersten Mal wieder auch durchgehende Wagen zwischen Berlin und Jülich. Sie laufen in Nachschmelzügen zwischen Berlin, Stuttgart, Jommelingen und Schaffhausen. Nach den endgültigen Entwürfen laufen ferner durchgehende Wagen u. a. zwischen Basel und Berlin, Basel und Leipzig, sowie Basel und Amsterdam, zwischen Ostende, Amsterdam und dem Haag einerseits, sowie Wien andererseits. Schlafwagen gibt es zwischen Basel und Wiesbaden, Speyerwagen zwischen Basel und Frankfurt und Amsterdam, Würzburg und Wien.

Die Kur- und Verpflegungskosten in den hiesigen Krankenanstalten betragen ab 1. Juni: 1. für Einheimische der Groß-Berliner Gemeinden: a) Erwachsene 9 M., b) Kinder 6 M., 2. für Kranke (Erwachsene und Kinder), die keiner Groß-Berliner Gemeinde angehören, 24 M.

Rein Postschiffverkehr mit Südjütland. In der ersten Zone Schleswigs ist der Zahlkarten- und Zahlungsanweisungsvorteil

eingestellt worden. Auch die Beifügung von Zahlkarten zu Postaufträgen und Rechnungen, deren Beträge in Daten dieser Zone einzuziehen sind, ist nicht mehr zulässig.

Der Teltower Kreistag über die Lebensmittelversorgung.

Der Teltower Kreistag lehnte mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktionen den Vorwurf des trockengelegten Uferkreises des Sülzensees ab. Eine Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Rubelstand sowie der Witwen und Waisen wird nach der Vorlage beschlossen, die die Neuordnung der Wirtschaftsbüchsen der Supernumerare vorläufig erledigt. — Der Beitritt des Kreises zum Giroverband der kommunalen Verbände der Provinz Brandenburg wird beschlossen.

Bei dem Antrag „Erhöhung des der Teltower Kreiswirtschaftsgesellschaft eingeräumten Kredits“ entwickelt sich eine umfangreiche Debatte, in der Meher (S. P. D.) die Planlosigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung kritisiert und eine straffe Organisation verlangt. Die Organisation soll eine solche der Selbstverwaltung sein, die dem Zweck des geschlossenen Zwanges alle Beteiligten heranzieht und zu den notwendigen Leistungen anstößt durch solidarische Gastung. Des Kleinverdieners soll zu Zwangsangehörigkeiten zusammengefaßt werden. Die freie Wirtschaft bildet einen noch gebührenden Maßstab als die Zwangswirtschaft wie die Preisänderungen und Schwankungen, wie beispielsweise die Preise für Hafer und Hülsenfrüchte der letzten Wochen nachweisen.

Die gegenwärtige Situation ist ein Nuisan, da wir weder einen Einfluß auf die Preisgestaltung noch auf die Erfassung der Lebensmittel haben und kein Mensch in der Lage ist, festzustellen, ob und wieviel die vorhandenen Mengen dem Bedarf entsprechen. Büchner schildert die Erfahrungen auf dem Hülsenfruchtmarkt, er führt aus, daß hier in den letzten Wochen ein ungeheurer Ueberfluß am Handel getrieben worden sei. Hier haben alle verantwortlichen Stellen verlagert infolge der herrschenden Planlosigkeit. Korbhaus (bürgerl.) wendet sich gegen die Zwangswirtschaft. Er hält die Zeit der Verständigung nicht für fernliegend und schlägt vor, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Konsumgenossenschaften zusammenzutreten, um mit dem Mittel der Selbstverwaltung die Lebensmittelversorgung und die Versorgung des Volkes zu meistern. Jochim (Dem.) erklärt manden Mitgliedern der verantwortlichen Stellen mit der im Winter bestandenen Befürchtung, daß ein großer Mangel an Lebensmitteln eintreten würde. Die Ausführungen von Meher lehnt er ab. Apostel (S. P. D.) verlangt

bessere Organisation der Kreiswirtschaft,

die unmittelbar und sofort durchgeführt werden kann. Die Kommissionäre müssen besetzt werden und dafür Bertragskommissionen gebildet werden. Reumann (U. S. P.) begründet den Vorschlag des Herrn Korbhaus, Zusammenfassung der Produzenten- und Konsumentenorganisation und wendet sich gegen den freien Handel. Der Mittelhandel muß ausgeschaltet werden. Der Mittelstand wird verschwinden. Peters (U. S. P.): Ohne Zwangswirtschaft wäre die Dauer des Krieges nicht möglich gewesen, sie ist durchaus eine sozialistische Erscheinung. Die Produktion muß geregelt werden.

Der verlangte Kredit wird schließlich bewilligt. Die beiden Punkte der Tagesordnung, Aufbringung der Mittel für den Wohnungsverband und für den Kohlenverband werden zusammengefaßt. Kallisch (S. P. D.) erklärt: Die Verwaltungskosten des Kohlenverbandes stehen im umgekehrten Verhältnis zu seinen Leistungen. Der Kohlenverband ist kein Selbstverwalter und verdient nicht die ungeheure Vereinerung des Kohlenhandels. Er begründet einen Antrag der S. P. D., wonach die Prüfung der kaufmännischen und technischen Grundzüge des Kohlenverbandes beim Zweckverband verlangt werden soll. Kallisch verlangt weiter eine

Kontrolle des Wohnungsverbandes und der Wohnungsämter.

Es wäre notwendig gewesen, die Ueberlieferung auf das Land zu erleichtern. Der Antrag der S. P. D. wird angenommen.

Die weiteren Vorlagen: Änderung der Gebührensatzung für die Benutzung der Kreisfrankenanstalten, Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten, des Taschengeldes der Schwefelner des Kreises Teltow, werden in der vom Kreisvorsitzenden vorgeschlagenen Fassung angenommen. Dem Rechnungslager des Kreises wird Entlohnung erteilt.

Die Voranschläge des Kreises Teltow für das Rechnungsjahr 1920 werden einstimmig genehmigt. Eine Anzahl vorzunehmender Wahlen wird durch solche der Affirmation erledigt. Zu Mitgliedern der Landwirtschaftskammer werden gewählt Bauer, Großhaus (S. P. D.) und Greulich (U. S. P.).

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung

hatte gestern eine Bahisdebatte. Zwar wurde ein von Sozialdemokraten und Unabhängigen als dringlich eingebrachter Antrag, der Magistrat solle die Stimmgabel zu den Stadtverordnetenwahlen für alle Parteien auf stabilen Füßen stellen lassen, nicht zu sofortiger Beratung zugelassen, weil der Demokrat Jodel die Dringlichkeit bestritt. (Zurück! Nach den Wahlen!) Nachher führte der eine von Jodel und seiner Fraktion eingebrachte Antrag, wegen Verteuerung der Straßenbahnfahrten unentgeltliche Zeitkarten den Bürgerdeputierten überhaupt nicht mehr, den Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern nur noch für zwei Linien zu gewähren, zu einer langen und erregten Auseinandersetzung über die — Wahlen. Dr. Schneider (Nat. Vp.) warf den Demokraten vor, daß sie jetzt vor den Wahlen plötzlich „Aparat“ scheinen wollen. (Lebhaftes Geklör! bei den Unabhängigen.) Jodel höhnte, die Herren von links und von rechts hätten sich ja wieder mal gefunden. Zwischen ihm und Dr. Schneider kam es dann zu sehr persönlich zugelegten Streitereien, in denen jeder den anderen und dessen Parteifreunde der Korruption bei Amtseinführungen und Gehaltszuwendungen beschuldigte. Dr. Schneider deutete an, Jodel habe nach dem Grundsatze „Eine Hand wäscht die andere“ die Anrechnung einer höheren Zahl von Dienstjahren erhalten. Jetzt sehe die Wahl vor der Tür — und endlich sei die Stunde der Abrechnung gekommen. (Lärm.) Auf eine Bemerkung Dr. Schneiders über die Erhöhung des Oberbürgermeistergehaltes antwortete der Demokrat Dr. Nordmann, in Gemeinden mit deutschnationalen Bürgermeistern sei diesen die Gehaltssteigerung von deutschnationalen ohne Wimperzucken bewilligt worden. Er spielte darauf an, daß Dr. Schneider gekränkt sei, weil er in seinen Hoffnungen auf den Posten eines besoldeten Stadtrats sich getäuscht habe. Schluß der Debatte machte dieser Vortrag schmutziger Wäsche ein Ende. Der Antrag Jodel wurde im ersten Teil mit den Stimmen der Demokraten und der Sozialdemokraten angenommen, im zweiten Teil mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der rechtsstehenden Fraktionen abgelehnt. — In die Verhandlung des Beitrittsantrages über eine beträchtliche Reihe Petitionen knüpften sich umständliche Erörterungen. Eine Petition der Lehrerinnen höherer Mädchenschulen um Gleichstellung mit den Lehrern in der Arbeitsleistung und entsprechende Gehaltsbemessung führte zu einer Debatte über die Leistungsfähigkeit der Lehrerinnen. Die Petition wurde dem Magistrat zur Verurteilung überwiesen. Ueber den Umfang der Tätigkeit von Lehrerinnen soll eine zahlenmäßige Aufstellung gemacht werden.

Eine Anfrage der Unabhängigen demängelte, daß der Arbeitsturnverein den Spielplatz an der Rubensstraße wochentags erst von 7 Uhr abends an benutzen darf. Der Magistrat antwortete, am Tage müsse der Platz von Schulen benutzt werden.

Jodel hob aus seiner Erfahrung als Turnlehrer hervor, daß Minister Haensch Verfügungen über Leibesübungen diese so gefördert haben, wie es früher in zehn Jahren nicht geschehen sei. — Auf eine Anfrage der Unabhängigen, ob der beim Brauerstreik in der Schloßbrauerei beschäftigten Technischen Rothilfe Lebensmittel durch die hiesige Verwaltung geliefert werden seien, antwortete der Magistrat mit einem glatten Nein. — Ein Antrag der Unabhängigen erzielte den Magistrat, in der Wahlzeit allen Parteien die Gebühren für Benutzung der Schulaulen und des Bürgerhauses zu Veranlassungen zu erlassen, wovon aber die Erhaltung der Reinigungs- und Lichtkosten ausgenommen sein sollten. Er drang mit den Stimmen der Unabhängigen und der Sozialdemokraten gerade noch durch. Demokraten, deutschnationale usw. nahmen aber mit knapper Mehrheit den demokratischen Antrag an, daß der Bürgerhaushalt wegen seiner Räumlichkeit nicht hergegeben werden soll.

Die Affäre des Neufällner Polizeipräsidenten.

Der Inhaber des Lokales „Tanz-Parade“ in Neufölln sendet uns zu der Affäre des Polizeipräsidenten Genossen Appich folgende Darstellung, die zur Klärung der jetzt allgemein wiedergegebenen Angelegenheit erheblich beitragen dürfte. Ein Kommentar ist danach überflüssig:

Am 29. März, abends 11 Uhr 10 Minuten, erschien der kommissarische Polizeipräsident von Neufölln Herr Appich, in meinem Lokal „Tanz-Parade“, wo er noch 40 Minuten in meinem Lokal verblieb. Herr Appich machte mich auf die Polizeistunde aufmerksam, worauf ich ihm erklärte, daß ich bereits Feierabend gebeten hätte, aber bei einem Besuche von 400 Personen die Klärung des Lokales längere Zeit in Anspruch nehmen würde, wie zehn Minuten.

Am 30. März, abends 11 Uhr 40 Minuten, kam der Herr Appich in Begleitung eines anderen Herrn an meinem Lokal vorbei. Ich war einen Augenblick auf die Straße getreten und der Zufall wollte es, daß mich Herr A. erkannte. Da noch Licht in meinem Lokal zu sehen war, fragte er mich, ob denn noch Gäste in meinem Lokal seien, was ich verneinte; er schien an meinen Worten zu zweifeln, und ich bat A., sich von der Richtigkeit meiner Aussage zu überzeugen. Während dieses Gesprächs ging eine Patrouille der Ordnungspolizei vorbei. A. ging nun auf meine Aufforderung in das Lokal, was die Schenkente, welche auf der anderen Seite der Straße standen, beobachteten. Noch während Herr A. die unteren Räume prüfte, klopfte es an die Tür; ich öffnete sofort und vor mir standen die zwei Beamten. Sie fragten mich ebenfalls, ob noch Gäste im Lokal seien, was ich gleichfalls verneinte. Auf dem Wege nach den unteren Räumen trafen sie A., welcher eben im Begriff war, herauszukommen. Diesen Vorgang sahen nun die Beamten als Polizeistunden-Übertretung an. Es ist weder an Herrn A. noch an sonst jemand etwas verurteilt worden. Im Interesse der Wahrheit fühle ich mich veranlaßt, diese Notiz der Öffentlichkeit zu unterbreiten.“ (gez. B. Wabst.)

Die Walderholungsstätten vom Roten Kreuz werden im gewissen Umfange auch in diesem Jahre ihren Betrieb aufnehmen. In den Anstalten in Eichlam und in der Jungfernhöhe ist Frauen, Männern und Kindern Gelegenheit zu Tageskuren geboten, in der in Friedrichshagen Kulturen für Kinder. Röhre Kusluff gibt das Bureau der Erholungsstätten, Friedrichstr. 207.

In der für unterernährte und tuberkuloseverdächtige arme Kinder bestimmten Walderholungsstätte Friedrichshagen sind im Mai d. J. die Hemden, Bettbezüge, Kleidungsstücke und Gegenstände zum Wärmehalten der Kinder gestohlen worden. Gekundert ist es in diesem Falle der Polizei gelungen, die Schandbuben zu ermitteln und ihnen ihre Beute wieder abzulassen. In der Walderholungsstätte für Kinder beim Bahnhof Sadoma dagegen ist während des Winters derartig viel gestohlen worden, daß es unmöglich ist, die Anstalt in diesem Sommer wieder in Betrieb zu nehmen. Hunderte von Kindern werden dadurch um die Möglichkeit des Kuraufenthaltes gebracht.

„Der Landbote“ (Nordbahn-Echo), ein Nachrichtenblatt für die arbeitende Bevölkerung des Vorortgebietes an der Nordbahn und Umgebung, ist vor kurzem mit seiner ersten Nummer erschienen und verdient im Kampf gegen die angeblichen parteilosen reaktionären Vorortzeitungen Unterstützung und Beachtung. Verlag und Redaktion: Bergstraße, Glienicker Str. 19.

Jüdisch-sozialistischer Arbeiterorganisation Poale Zion. Am Sonntag, den 20. Juni finden die Wahlen zur Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde statt. Wahlberechtigt ist jedes männliche Mitglied der jüdischen Gemeinde, der Kriegsteilnehmer werden ist oder keine Steuer zur jüdischen Gemeinde seit seiner Einschreibung zur Einwohnersteuer, mindestens aber in den Jahren 1917, 18 und 1919 voll entrichtet und am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr erreicht hat. Die Wählerliste liegt nur noch bis zum 24. Mai in dem Wahlbureau, Oranienburger Str. 29 II, zur Einsichtnahme aus; deshalb ist es unbedingt notwendig, daß sich jeder Wähler sobald als möglich davon überzeugt, ob sein Name in der Wählerliste enthalten ist.

Die Tolchsholegende. Ueber dieses Thema spricht am 25. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Redakteur Karl Bette in der Kaiser-Friedrich-Gymnasium in Neufölln, Köllner-Str. 10, auf Veranlassung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer. Für Angliederer freier Eintritt; für andere Besucher 1 Mark.

Arbeiter-Schwimm-Berein Neufölln. Am 1. Feiertag Badepartie nach dem See. Treffpunkt: Jugend 6 Uhr, Männer und Frauen 7 Uhr am Ringbahnhof Neufölln, Jagdarten bis Ostern.

Treptow—Sierantwarte. Pfingstsonntag 3 Uhr: Feiertags an der See, in der Sächsischen Schweiz und im Spreewald. 5 Uhr: Durch den Schwanzwald im Donautal. 7 Uhr: Eine Reise zum Südpol und ein Blick ins Weltall. Pfingstmontag 3 Uhr: Europäische und exotische Reden. 7 Uhr: Sitten und Gebräuche fremder Völker. 7 Uhr: Durch den Schwarzwald ins Donautal. Dienstag 7 Uhr: Steinhausen, der Archäologie und neue Sterne (Vortrag mit Abbildern von Direktor Dr. Krüger). Donnerstag 7 1/2 Uhr: Am Golf von Neapel (Vortrag mit Abbildern von Dr. Spehmann). Sonnabend 5 Uhr: Bauhandwerk der Welt (Abbildervortrag). Mit dem großen Fernrohr wird abends der Kuppler, Mond und Mars beobachtet. Kleine Fernrohre stehen zur Beobachtung beliebiger Objekte kostenlos zur Verfügung. Führungen durch das astronomische Museum finden täglich in der Zeit von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 22. Mai:

29. Abt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer und Betriebsvereinsleute bei Berger, Jagdstr. 21. Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. Vormittags 9 Uhr wichtige Zusammenkunft im Jugendheim. Vollzählige Erfinden unbedingt nötig. Neuenhagen (Ostbahn). 7 1/2 Uhr Wählerversammlung bei Bader, Dorfstraße.

Morgen, 23. Mai:

Bezirksverband Groß-Berlin. Gruppe Wedding. Grobes Präzisionskonzert im Klostergarten am Spanbauer Schiffahrtskanal. Konzert, Vorträge und Tanz. Die Kaffeehäuser sind geöffnet. Eintritt 1 M., Lang 2 M., Beginn 5 Uhr. — Am Montag, den 31. Mai, abends 6 Uhr, in den Substalten, Neue Köpferstr. 26: Kupperordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend:

Niederschönweide. Wanderung nach den Rauenhagen Bergen—Schornitzsee. Treffpunkt 7 1/2 Uhr am Bahnh. — Prenzlauer Vorstadt. Wanderung nach der Räckischen Schweiz. Treffpunkt 7 1/2 Uhr am Ringbahnhof, Jagdarten, 7 1/2 Uhr abends. — Reinickendorf. Wanderung nach dem Werbelliner. Treffpunkt 5 Uhr am Seebad. — Schönhauser Vorstadt I u. II. Wanderung nach Obermoor—Eberich—Frelsenwalde. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. — Wedding. Sonntag, 23.: Wanderung Hakenberg—Rauen. Treffpunkt 6 Uhr Räckische Allee.

Gerichtszeitung.

Vertagung im Prozeß gegen Rektor Bod.

Das Gericht beschloß die Sache zu vertagen und eine Reihe Beweise zu erheben. Die angegebenen Zeugen sollen zu der später anzuberaumenden Verhandlung vorgeladen werden. Gleichzeitig hat das Gericht beschlossen, den Angeklagten durch den Gerichtsarzt auf seine Zurechnungsfähigkeit untersuchen zu lassen.

Aus aller Welt.

Katzenklau eines französischen Offiziers in Oberschlesien. Das Auto eines französischen Offiziers aus Lodz hatte in der Nähe von Reu-Deuthen einen Unfall. Das Auto ist von einem anderen Personenauto angefahren worden, wobei der Offizier und der Chauffeur schwere Verletzungen erlitten. Das Auto, das mit dem französischen zusammenstieß, setzte seine Fahrt fort, ohne Hilfe zu leisten. Oberleutnant Graf de la Souillière hat außer einer Gehirnerschütterung eine Nierenquetschung erlitten, während der Chauffeur einen rechtsseitigen Unterschenkelbruch davontrug.

Eisenbahnunglück bei Jaroslau. Wie der Telegraphen-Union aus Krakau berichtet wird, stieß vorgestern nacht der von Jaroslau nach Krakau fahrende Personenzug hinter der Station Jaroslau mit einem Güterzuge zusammen. Disher wurden 40 Tote gezählt. Die Zahl der Verletzten ist weit größer.

Gesamtertrag der Frankfurter Kinderhilfe. Der Gesamtertrag der Sammelstätigkeit der Frankfurter Kinderhilfe beläuft sich bis jetzt auf 1.700.000 M.

Verhaftung von Goldschleibern. Drei Goldschleiber wurden in Frankfurt a. M. wie uns gebräutet wird, von Kriminalbeamten, die als Kaufleute auftraten, 30 Goldbarren im Werte von mehr als einer Million in dem Augenblick abgenommen, als das Geld dafür in einer hiesigen Bank ausgezahlt werden sollte. Der Haupttäter ist der Bankier Bacharach aus Hanau. Bacharach hatte das Gold vor mehreren Monaten zu einem hohen Preise aufgekauft und verkauft es infolge des ständigen Sinkens der Goldpreise um jeden Preis loszuschlagen. Das Gold wurde der Reichsbank zugeführt.

Gliedliche Rettung. Aus Frankfurt a. M. wird uns gebräutet: Im Polizeigefängnis überfiel ein festgenommener Einbrecher einen Kriminalbeamten und versuchte ihn durch mehrere Schüsse zu töten. Zwei Schüsse gingen fehl, ein dritter traf die Herzgegend, prallte jedoch an einer in der Westentasche befindlichen Silbidoose ab, wodurch dem Beamten das Leben gerettet wurde. — Sonst werden Verhafteten doch meiststündlich die Waffen abgenommen!

Das Explosionsunglück in Offenbach ist nach den polizeilichen Erhebungen durch die Entzündung einer Granate verursacht worden, die der 20-jährige Sohn der geistlichen Frau Sattler gefunden haben will und im Kratzen des Küchenherdes verdeckt hatte.

Exzesse im Ludwigshafen. W.D. berichtet: Zu schweren Ausschreitungen kam es nachmittags 4 Uhr in der Badischen Anilin- und Sodafabrik, wo etwa 5000 Mann zur Direktion zogen, um die Erfüllung ihrer Forderungen zu erreichen. Mehrere Hundert Arbeiter drangen in das Haus und bis in die Direktionsbüros vor, wo die Direktoren schweren Verletzungen und Mißhandlungen ausgesetzt waren. Insbesondere wurde Direktor Seidel derart schwer mißhandelt, daß er fast eine halbe Stunde bewußtlos am Plage lag. Der herbeigerufenen Polizei in Stärke von 100 Mann gelang es nach langen Bemühungen, das Direktionsgebäude zu besetzen und die Menge ausdribben zu treiben. Vor der Fabrik hatte sich eine Abteilung Franzosen eingefunden, die jedoch nicht eingreifen brauchte.

Ein Wiener Kinderspital ist von der staatlichen Filmkommission angefertigt worden und zur Vorführung im Ausland bestimmt. Es sind nicht arrangierte Szenen, sondern Vorfälle des wirklichen Lebens. Das erste Bild ist eine aus dem Jahre 1914 stammende Aufnahme von Höflingen einer Wiener Volksschule. Es waren prächtig und hübsch aussehende Kinder. Dann kam eine solche Aufnahme aus dem Jahre 1919, eine Schar von Puden und Mädchen, die Bleich und abgemagert aus der Schule gehen. Darauf sieht man ein elfjähriges Kind aus dem Jahre 1914. Es hatte eine Körperlänge von 132 Zentimeter und wog 88 Kilogramm; dann ein elfjähriges aus dem Jahre 1919, das bei einer Körpergröße von 129 Zentimeter nur 28 Kilogramm hatte. Die Kohlen- und Nahrungsmittelnot der Armen wurden anschaulich durch das Holzsammeln der Kinder in den Wäldern der Umgegend Wiens und das Suchen nach Eßbarem in den Abfällen auf Märkten dargestellt. Die Bemerkung aller Eisenbahnreisenden zu Wohnstätten zeigt das Wohnungsproblem. Bilder aus der Kinderhilfe stellen die furchtbaren Wirkungen des Krieges auf die Gesundheit dar: Malaria, Typhus und Tuberkulose. Sehr aufklärend wirken auch die Bilder über die Zubereitung und Verabreichung der Nahrung an kranke Kinder, die Pflege der tuberkulösen Kinder auf dem Dachboden, die Verköstigung und der Aufenthalt der Kinder in den Kinderheimen und die durch ausländische Hilfe ermöglichte Auspeisung der Kinder. Ein abgehender Kinderhelfer zeigt, wie die Kleinen als Gäste des Auslandes Wien verlassen, und ein ankommender Kinderhelfer zeigt, wie die Kinder erholt und mit Geschenken beladen in die Heimat zurückkehren. Weiter sieht man, wie die Wiener Frauen im Winter hinauszugehen und ihre herrlichen Mäntel vertauschen, um Brennmaterial zu bekommen, wie die Eisenbahn und die Straßenbahn eingestellt werden und wie auf den Schienen der Stadtbahn Gras und Getreide wächst. Andere Bilder zeigen Wien ohne Straßenbahnverkehr und Wien, die keine guten Schuhe mehr haben. Ferner werden die langen Reihen von Menschen gezeigt, die sich auf dem Markte um Kartoffeln stundenlang anstellen.

Stierkämpferschiffal. Spaniens berühmtester Stierkämpfer, der Abott des ganzen Landes der Torero Galito, auch Iselito ge-

nannt, ist in der Arena von Zalabena in der Nähe von Toledo ein Opfer seines Berufes geworden. Er, der an 674 „Corridos“ teilgenommen und 1480 Stiere siegreich bezwungen hatte, ist diesmal im Kampf von einem Stier durchschießlich aufgepießt worden, so daß er nach wenigen Minuten seinen Geist aufgab. Galito war der Sohn einer Sevilleaner Pigeonierin und hatte es seit seinem ersten Auftreten im Jahre 1913 zu einem Vermögen gebracht, das weit über 5 Millionen Pesetas geschätzt wird. Die Madrider Stierkämpfer sind zum Zeichen der nationalen Trauer über das Ableben des gefeierten Matadors abgesetzt worden. Sein Leichnam wird im Sonderzug nach Sevilla überführt werden, wo die Beisetzung stattfinden soll.

Verichtigung zur Verichtigung. Nicht „verhaftet“, sondern verhaft, war der Minister Schroder in der Slowakei.

Sport.

5701490 M. betrug der Totalisatorumsatz am 20. Mai im Brunwald. — Als voraussichtliche Starter im deutschen Trab der Derby, das am Pfingstsonntag in Rubleben zum Austrag kommt, gelten: Bute (Großmann), Silau (E. Treuberg), Rusestrub (Zemzer), Siard (Hinsius), Erbtöchter (Rothmeier), Gertrude I (Schumann), C. O. (Rfr. Müll), Topinambur (Jank), Die Beste (Mogom), Bißloch (A. Schlingmann jr.), sowie Edelochter (Weiß) als zweifelhafter Starter. — Der Jockey Hermann kam am Donnerstag in Hoppegarten bei der Morgenarbeit zu Fall. Er zog sich eine Gehirnerschütterung zu. — Brunus ist mit nach Hamburg verladen, wo er womöglich im Großen Preis von Hamburg Rubier als Fährstier dienen soll.

Der Große Pfingst- und Wiener-Preis auf der Olympiabahn wird am 1. und 2. Feiertag zur Austragung gelangen. Am 1. Feiertag starten im ersten Rennen über 50 Kilometer Remon, Sowaal, Abeger, Golla und Rosenberger, während im zweiten Rennen, das auch über 50 Kilometer fährt, Appellhaus, Hoffmann, Schmel, Lehmer und Golle starten. Am 2. Feiertag starten die jedesmal Ersten und Zweiten aus dem Rennen vom 1. Feiertag und ein fünfter Fahrer, der vom Rennkomitee bestimmt wird, um die Entscheidung, die über eine Stunde fährt, während die anderen fünf Fahrer im Preis von Charlottenburg über 50 Kilometer starten. Für Verbesserung des von Salbow im vorigen Jahre aufgestellten Bahnrekords über 1 Stunde (71 Kilometer 930 Meter) hat die Direktion eine Extraprämie von 1500 M. ausgesetzt, die dem Sieger außer dem Preis von 5000 M. zufällt.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz muß einen Nachnamen und eine Nummer des Briefkastens enthalten. Briefliche Anfragen werden nicht erwidert. Einige Anfragen können in der Schriftlichen Sprechstunde, Kassenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstube und Beratung sind mitzubringen.

Am Sonnabend, 22., und am Dienstag, 25. Mai, fällt die juristische Sprechstunde aus.

W. D. 95. Hünshorn ist ein klimatischer Kurort im Riesengebirge in mittlerer Höhe. — M. G. L. Wenden Sie sich an die Gärtner-Stellungsgesellschaft, Burgstr. 14. — G. S. 14. Wenden Sie sich an den Deutschen Beamtenbund.

Sozialdemokrat. Verein Berlin (S. P. D.)
Unser alter, stets pflichttreuer Genosse
Gustav Trenkel
wobehalt Urdominische 27, ist am Montag, vormittags 1/2, 12 Uhr, verstorben.
Chee seinem Andenken.
Die Beerdigung erfolgt heute Sonnabend, den 22. Mai, nachm. 1/4 Uhr, von der Halle des Städt. Friedhofes in Buch.
Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Verein d. Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins u. Umgegend.
Der Verein über die technische Ausbildung der Mitglieder und über die Förderung der Mitglieder und Mitglieder unseres Vereines
Fritz Prophet
am 20. Mai verstorben ist.
Chee seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag (2. Feiertag), vorm. 9 1/2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Kupfer Messing Rotguß Zinn Quecksilber Sämtl. Metalle Platin Gold-Silberabfälle Zahngelbisse kauft zu riesig hohen Preisen
In unseren 6 Einkaufsstellen **Metall-Zentrale**
1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48 am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29 nahe Turmstraße
4. Neukölln Kals-Friedr.-Str. 229 nahe Hermannplatz
5. Weidenweg 72 am Baitenplatz

Kaufen Sie zum Pfingstfest:
ein festes Kostüm wie Abbildung nur M. 385.-
oder ein duftiges Sommerkleid wie Abbildung nur M. 176.-
Regen- u. imprägnierte Gendarmenmäntel, Sportjacken, Covercoat, Paletots, Röcke, Hülsen, Kinder- u. Badkleidung.
Oskar Wollburg
Berlin - N. Brunnenstr. 56-57

J.F. Rauch
Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174 neb. Goldgesch. Busse - Große Frankfurter Str. 112 neb. Jandorf Invalidenstr. 164, Hauptkontor und Orosso - Verkauf N. 4, Bergstr. 34, am Stett. Bnhof.
Edler deutsch. Weinbrandt
Derby-Cognac
Zuckergesüßter Sekt, Kräftiger Dänen-Robro, Echter Douro-Portwein, in Portugal auf Flaschen gefüllt, Zuckergesüßter, feinster Johannisbeerwein Maitrank

TROCKENPARFÜM
Lebona Berlin
HAUT CREME
Überall erhältlich
Sind Lungenleiden heilbar? Alle, die an Lungenleiden, Asthma, Schwindsucht, Lungenentzündung, Nervenleiden, Schmerzen im Rücken, Brustschmerzen, Appetitlosigkeit, Verschleimung, veraltetem Husten, lange anhaltender Heiserkeit leiden, lassen sich meine ausführliche belehrende Broschüre kostenlos portofrei senden.
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin W 202, Am Karlsbad 33b. Sprechzeit 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

„Freier Bund“
Einkaufs- und Produktivgenossenschaft der Gast- und Schankwirte Groß-Berlins. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz vom 31. Dezbr. 1919.
Aktiva.
Kassa-Konto . . . 54.581,17
Bank-Konto . . . 54.867,35
Warenbestände . . . 210.110,00
Inventar . . . 500,00
Fastagen . . . 500,00
Gespann . . . 1,00
Utensilien . . . 1,00
Kautionen . . . 150,00
Debitoren . . . 18.088,55
Summa 338.799,97
Passiva.
Fr. Bd.-Kapital . . . 27.854,40
Mitglieder-Kapital . . . 66.775,55
Reservenfonds . . . 13.853,28
Spargelder . . . 64.639,50
Gen. Br. Darl.-Kont. 129.000,00
Weinsteuer . . . 1.083,30
Kriegsgew.-Rückl. . . 1.718,58
Kreditoren . . . 8.705,00
Gewinn . . . 32.722,27
Summa 338.799,97
Gewinn- u. Verlust-Konto.
An
Handl.-Unk.-Kont. 13.793,57
Gehalts- u. Lohn-Konto . . . 30.281,50
Gespann-Unterh.-Konto . . . 20.661,70
Zinsen-Konto . . . 2.597,05
Steuer-Konto . . . 5.269,58
Abschreibungen . . . 728,00
Gewinn . . . 32.722,27
Summa 106.153,97
Per
Waren-Konto . . . 95.897,07
Agio-Konto . . . 10.256,90
Summa 106.153,97
Mitgliederbestand am 31. Dezember 1918: 156, aufgenommen 1919: 87, ausgeschieden durch Tod: 4, durch Kündigung 7, durch Uebertragung 1, durch Ausschluß 3; mithin Bestand am 31. Dezbr. 1919: 228 Mitglieder. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betragen am 31. Dezember 1918: 18.333,90 M., am 31. Dezember 1919: 66.772,65 M., mithin erhöht um 48.438,75 M. Die Haftsumme betrug am 31. Dez. 1918 15.000, — M., am 31. Dez. 1919 66.400 M., mithin erhöht um 51.400, — M.
Der Vorstand.
Joseph Franke,
Paul Obiglio,
Carl Uhlig.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzählend
Ingenieurbüro Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3705 und 8818.
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Tor. II-1-6
Sonnt. 11-1. Epiphila, Horn, Frauenleiden, Wundentzündung, Schenkel, Hüft-, Schenkel-, Schulter-, Ellbogen-, Knie-, Hand- u. Fußgelenke, ohne Berufshilfe, Entschuldig.

Metalle
Kupfer, Rotguß, Zinn, Messing, Zink, Zinn, Zinnmetall usw. kauft zu unübertreffl. Preisen.
Johannmann, Elfenstr. 9, vorn II. Boden 4661. 135/3
!!! Geld !!!
für jede Verzinsung, höchste Ankaufspreise für Pfandbriefe, Brillanten, Goldgegenstände, Epische, Hülsen usw. Wollf, Friedrichstr. 41 III, 6. Etage.

Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene!
Das neue Reichsversorgungsgesetz
ist im Druck erschienen. Preis 1,80 M. pro Stück einschließlich Steuerungsgebühr. Organisationen haben Rabatt bei Weberey. In beziehen durch Verlagsbuchhandlung und Verlag Karl Tiedt, Berlin-Pankow, Rainsdorf Str. 4. 229/11
Trauringe
Zulassungsbild 900 gef., 14 far. Gold 585 gef., 8 far. Gold 22 gef., von 60 M. pr. Stk. bis vorwärts am Tage.
Ankauf
altes Gold, Silber, Platin und Brillanten.
Minoga, Berlin O 17,
Grüner Weg 69,
Telephon: Alexander 24 90.

Stoffe
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe / Knöpfe
Konfektion
für Damen u. Mädch.
Maßanfertigung
C. Pelz
5 Kottbuser Str. 5

„Brillanten“
Perlen, Platin, Gold-Bruch
kauft zu gewissenhaften Preisen
„Veritas“, Jägerstraße Nr. 10
Onne Unterfuchung
Keine erhöhten Prämien
Volle Dividende
bei der
O-POLICE
der
„Freia“
Bremen-Hannoverschen
Lebensversicherungs-Bank AG
Berlin W 9
• Bellevuestr. 14
• QUOTE 100 %
Versicherungsbestand über 400 Millionen Mark
Vertreter allerorts gesucht.

Ankauf Juwelen
von
Margraf & Co. G.m.
h. H.
Kanonierstr. 9

Wenn **Rheumatismus, Gicht,** Lichtart, Beschwerden, Sie lachlos, Nervenschmerz, alles umsonst oder ohne dauernden Erfolg angewandt, lassen Sie sich meine ausführliche belehrende Broschüre kostenlos portofrei senden.
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin W 202, Am Karlsbad 33c. Sprechzeit 9-11, 2-4, Sonntags 10-11 Uhr. [54/15]

Erfrischungs-Getränke!
Konzentrierte Kunst-Limonade mit
HIMBEER
Zitronen-, Waldmeister-Geschmack
Liter Mark 4,00 inkl. Steuer
Kein Zucker erforderlich!
Mit Wasser verdünnt, ergeben diese Extrakte eine herrliche süße Limonade. — Das billigste Getränk der Gegenwart. — Ein Glas Limonade stellt sich auf kaum 10 Pf.
H. Krömer, Berlin N., Oranienburger Str. 66.
Verkaufsstellen:
Andreasstraße 78 | Petersburger Str. 4a
Potsdamer Straße 76 | Spandau, Brückenstr. 4
Birkenstraße 2b | Nowawes, Lindenstr. 7
Versand in Korbbüchsen à 5, 10, 25 Liter.

Der Wahlkampf.

daß dort die militärische Lage sich außerordentlich zuspitzt hat. Die Nachrichtenstelle des Republikanischen Bundes hat auf Grund ausgiebiger Befragung festgestellt, daß die ostpreussischen Junker separatistische Pläne schmieden, und daß die in Ostpreußen konzentrierte, starke Militärmacht für den Fall, daß ein Umsturz national beschleibt, nicht als zuverlässig gelten kann. Ferner sind die ostpreussischen Großgrundbesitzer auf ihren Gütern bis an die Zähne bewaffnet. Die Einwohnerwehren befinden sich noch im Besitz von Waffen. Hauptmann Goede wirkt noch fleißig für Einwohnerwehren. Major Kappel wirkt für die Truppe. Die Truppen marschieren unter dem Zeichen des Haken- und Balkenkreuzes.

Die einzige Stütze der Republik in militärischer Hinsicht würde die Sicherheitspolizei in Königsberg unter Polizeipräsident Lübbring sein, während die außerhalb Königsberg stationierte Sicherheitspolizei von General Oberhardt und Staff nach militärischem Muster rein reaktionär organisiert ist. Die rechtsstehende ostpreussische Presse, an der Spitze die „Ostpreussische Zeitung“ in Königsberg, haben in den letzten Wochen mit einer unerhörten Hebe gegen die Sicherheitspolizei Königsberg im allgemeinen und gegen den Polizeipräsidenten Lübbring sowie den Kommandeur der Königsberger Sicherheitspolizei, Obersthardt, der treu zur Verfassung steht, im besondern begonnen. In der richtigen Erkenntnis, daß die Königsberger Sicherheitspolizei der einzige militärische Schutz des republikanischen Gedankens in Ostpreußen ist.

Auch in Berliner reaktionären Blättern hat seit einiger Zeit eine unerhörte Hebe gegen die Königsberger Sicherheitspolizei eingesetzt. Wie alle Kruppen, die republikanisch zuberstehen, wird sie in der bößten Weise verdächtigt. Der Zweck dieser Hebe ist eindeutig.

Wir können die Regierung nur dringend warnen, diese Dinge weiter treiben zu lassen.

Die Kapp-Untersuchung.

88 Fälle erledigt.

Berlin, 21. Mai. (W.Z.) Vom Reichswehrministerium wird gemeldet:

Der Untersuchungsausschuß im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind.

Auf Dienstenthebung und Ueberweisung der Akten an den Oberreichsanwalt ist erkannt in den Fällen des Oberst Geisrig, Oberleutnant Rothnagel, Oberleutnant Guhr, Major von Hellenhausen, Major Bonte, Hauptmann Hallmeister, Hauptmann Baas, Leutnant Schmidt, Leutnant Scheele, Leutnant Retteheim, Oberleutnant von Trotha, Kapitän z. S. Woffels, Kapitän z. S. Fritsch, Konteradmiral von Lechow, Oberleutnant z. S. Paul.

In weiteren 25 Fällen ist unter Ueberweisung der Akten an den Oberreichsanwalt die Verurteilung ausgesprochen. Besetzt werden 6 Offiziere.

In 13 Fällen ist das Verfahren eingestellt worden. Im ganzen sind 88 Fälle erledigt.

Braunschweigs neuer Landtag.

Braunschweig, 21. Mai. Bei der Wahl am 15. Mai wurden nach amtlicher Feststellung insgesamt 290 727 gültige und 343 ungültige Stimmen abgegeben. Es entfielen auf die Liste der Sozialdemokratischen Partei 84 228, des Landeswohlverbundes (bürgerliche ohne Demokraten) 86 067, der demokratischen Partei 21 896, der kommunistischen Partei 1423 und der Unabhängigen 86 123 Stimmen. Die Sitze verteilen sich wie folgt: Unabhängige 23, Sozialdemokraten 9, kommunistische Partei keine, Landeswohlverband 23, demokratische Partei 3 Sitze.

Als sozialistische Wehrheit und Regierung, wenn die Unabhängigen wollen!

Köster gegen Neergard.

Berlin, 21. Mai. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Köster erklärte einem Vertreter des B.Z. gegenüber folgendes: Es erregt außerordentliches Staunen, daß der dänische Ministerpräsident in einem Augenblick, wo die Entscheidung der schleswigschen Frage in Paris verkündet werden soll, es für zeitgemäß findet, die Frage der Internationalisierung der zweiten Zone wieder aufzurollen und urbi et orbi zu verkünden, daß er eine Regierungsdeputation zum Zwecke der Förderung dieser Pläne nach Paris entsandt habe.

Die Internationalisierung ist mit dem Friedensvertrage nicht vereinbar. Der Friedensvertrag ist dazu da, eine Grenzlinie zwischen Deutschland und Dänemark zu ziehen. Der Wunsch der Bevölkerung, bei Deutschland zu bleiben oder an Dänemark zu gehen, soll nach dem Paragraph 109 des Friedensvertrages über die Grenzziehung maßgebend sein. Der Friedensvertrag sieht vor, daß nach der Grenzziehung Deutschland das südlich gelegene Land wieder in Besitz nimmt. Was nördlich der neuen Grenze liegt, soll Dänemark erhalten. Der Friedensvertrag enthält keinerlei Bestimmungen über dritte Möglichkeiten, und die Bevölkerung hat über nicht abgestimmt, als über ihre Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Dänemark.

Wie man gegenüber diesem klaren Sachverhalt behaupten kann, daß eine Internationalisierung mit dem Friedensvertrag vereinbar sei, ist vollkommen unverständlich. In Dänemark sollte man sich bei dem infolge der Abstimmungsbestimmungen ohnehin für die Dänen sehr günstigen Ergebnis der Abstimmungen beruhigen und nicht den Versuch machen, den Willen der Bevölkerung, wie er in der Abstimmung zu Tage getreten ist, nachträglich umzugestalten. Das dänische Volk sollte einsehen, daß es für die Zukunft auch in seinem Interesse liegt, in diesem kritischen Moment kein Unrecht gegenüber Deutschland zu begehen. Solches Unrecht würde fortwährend Mißstimmung und Gegenstände zwischen den beiden Nachbarstaaten schaffen. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn man in Dänemark sich dieser Einsicht verschließen würde.

Ententdrohung an Sowjetrußland.

Cecil gegen Polen.

Amsterdam, 21. Mai. Nach einer Neutermeldung sagte Bonar Law im Unterhause: Wenn Polen aufrichtig versucht, mit Rußland Frieden zu schließen, und die Bolschewisten sich weigern, so wird England verpflichtet sein, Polen nach bestem Vermögen beizuhelfen. Der Oberste Rat hat sich in gleichem Sinne ausgesprochen, und mehr kommt England und die alliierten Regierungen nicht tun.

Diese Ankündigung ist um so besorgniserregend, als Polen die Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland erst sabotiert!

Unabhängige für Deutschnationale!

Unter der Überschrift „Deutschnationale für Unabhängige“ berichteten wir in unserer Donnerstag-Morgenausgabe, daß der deutschnationale Freier v. Malgahn in Demmin die Wähler aufforderte, auf keinen Fall den Mittelparteien die Stimme zu geben. „Wer nicht deutschnational wählen will, der wähle unabhängig!“

Wir sind heute in der Lage, das genaue Gegenstück zu diesem Vorfalle zu liefern. Im Kreise Prenzlau arbeitet im Auftrage der Unabhängigen ein gewisser Lund für die Wahlen. Während auf einer Versammlung in Dräffow unser Genosse Fendel-Berlin erklärte:

Wir sind darauf eingestellt und wollen uns auch nicht davon abbringen lassen, daß der Feind rechts steht, und außer Abwehungen und Richtigerstellungen Angriffe gegen die U. S. D. im Interesse der Arbeiterklasse vermeiden,

gestand der Unabhängige Lund:

Der Hauptfeind ist der Reichssozialist, und ich halte die Deutschnationalen für das kleinere Übel.

Wenn Lund auch nur ein politischer Dreifährhock ist, so beweist sein frivoler Ausspruch doch, daß es nicht Zufall ist, wenn sich Deutschnationale und Unabhängige bei den Abstimmungen in den Parlamenten — ein Herz und eine Seele — gefunden haben.

Reaktion ist Separation!

Auf der Tagung der Christlichen Bauernvereine Schwabens in Buchloe drohte der bekannte reaktionäre Zentrumsführer Dr. Heim wieder einmal offen mit der Loslösung Bayerns vom Reich. Er sagte:

Was wir in Bayern in erster Linie brauchen, sind ruhige Verhältnisse. Wir wollen keinen Sauskall mehr, dagegen eine Regierung, die mit aller Energie alle Versuche, in Bayern nochmals einen Sauskall aufzurichten, unterdrückt. . . . Und wenn in Berlin erst der Sauskall losgeht, werden wir Bayern und trennen und sorgen, daß das Haus bei uns sauber bleibt.

Die Drohung mit der Loslösung vom Reich wird von der bayerischen Reaktion — ob mit, ob ohne Sauskall — alle fünf Minuten ausgesprochen, sobald den Herren etwas in Norddeutschland nicht paßt. Diese Leute, denen die freibändige Herfindelung der Reichseinheit ein ganz geläufiger Gedanke ist, prunken tagein tagaus mit ihrer „nationalen Gesinnung“ und möchten der Sozialdemokratie diese absprechen. Man sieht, welcher Untergrund zwischen der nationalen Phrase und wirklich vaterländischem Handeln besteht! Der Sozialdemokratie allein ist die Erhaltung der Reichseinheit nach dem Zusammenbruch des Krieges zu verdanken, unser Werk ist es, wenn Deutschland nicht nach dem Plane unserer Feinde auch in seiner politischen Gestaltung ein Trümmerhaufen von getrennten Kleinstaatchen geworden ist. Die Sozialdemokratie hätte zehnmal mehr Recht, sich national zu nennen als die reaktionären Reichszentrümmerer!

und es dann plötzlich überfallen hat. Von einer neuen Friedensbereitschaft Polens ist noch nichts gemeldet, aber es kann schon sein, daß die russische Gegenoffensive es bald wissen bringen wird. Moskau hat so oft seine Friedensbereitschaft erklärt und sie inzwischen auch gegenüber anderen Kandidaten so eifrig betätigt, hat den Frieden auch so bitter nötig, daß man an seinem redlichen Willen nicht zu zweifeln hat. Herr von Rautenbachs Drohung erscheint sehr überflüssig, zumal Sowjetrußland im Verweigerungskampfe auch mit Ententekräften schon fertig geworden ist.

England arbeitet auch auf einen Friedensschluß zwischen Polen und Weißrußland hin. Tschitscherin soll befriedigende Zusicherungen über die Ueberreste von Denikins Streitkräften gegeben haben. Die Friedensverhandlungen zwischen General Wrangels Armee und den Bolschewisten würden unverzüglich beginnen.

Wieder einmal wird gemeldet, daß die Sowjetjaren sich zur Demokratie bequemen und sogar eine Konstitution geben wollen. Außerdem soll man in Moskau 75 Delegierte des Zionistenkongresses verhaftet haben.

Die Lage im Kaukasus gestaltet sich für die englischen Truppen immer schwieriger. Aus der Türkei und aus Gilestien sind 6 französische Bataillone nach Batum abgegangen, und in einigen Orten in Anatolien, darunter Trapezunt, ist die rote Fahne gehißt worden.

Die roten sollen bereits in die südlichen Vorstädte von Riew eingedrungen sein.

Vom Balassee bis zur Bakuflüßte reicht die neue Osttürkische Republik. Moskau erkennt sie an und sie verhandelt mit den Japanern über ihren Abzug.

Die Japaner sollen den Bolschewisten westlich von Tschita eine schwere Niederlage zugefügt haben, das Rote Heer in vollem Rückzuge sein.

Die internationale Anleihe an Deutschland.

Auszeichnung nach Spa und Brüssel.

London, 21. Mai. „Eveing Standard“ schreibt: In etwa 10 Tagen werden die Finanzsachverständigen ihren Bericht bekanntgeben, ob die grundsätzlich beschlossene internationale Anleihe an Deutschland sich auf alle Finanzverbindlichkeiten Deutschlands erstrecken soll. Jedenfalls wird diese Anleihe erst nach der Konferenz in Spa und der Brüsseler Finanzkonferenz ausgeschrieben werden.

Der französische Senat und die Entschädigungsfrage.

Paris, 21. Mai. Die interparlamentarische Gruppe des Senats für die zerstörten Gebiete prüfte die zwischen der französischen, englischen und italienischen Regierung schwebenden Verhandlungen über die Ausführung des Friedensvertrages. Poincaré, Loucheur, Ribot, Rloy und Marin stellten eine Reihe von Anträgen. Die Gruppe nahm schließlich eine Tagesordnung an, nach welcher die von der britischen und französischen Regierung vorgeschlagene Entschädigungssumme durchgeführt werden soll und die Derabsetzung der deutschen Schuldsumme nur durch das Parlament in freier Ausführung des Versailleser Vertrages bewilligt werden kann.

Poincaré gegen Millerand?

Frankfurt a. M., 21. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Genf wird gemeldet: Die Demission Poincarés ist laut Pariser Nachrichten ein Angelegenheiten der Opposition gegen Millerand, sowie der Wahlen zur Stellung einer Kandidatur Poincarés für das kommende Kabinett.

Unvorsichtige Fragen.

Ein deutschnationales Flugblatt (Werbeblatt Nr. 412) bringt hintereinander folgende Fragefälle:

- Wodurch sind wir um Jahrhunderte zurückgeworfen?
- Wodurch ist unser Geld so fürchtbar entwertet?
- Wo sind unsere Provinzen geblieben?
- Wo sind unsere Kolonien geblieben?
- Wo sind unsere Schiffe geblieben?
- Wo sind unsere Reichtümer geblieben?
- usw., usw.

Frage die Sozialdemokratie und ihre Anhänger!

Kun, da man uns fragen soll, so werden wir gern die Antwort erteilen: Alles das haben wir verloren durch die Schuld der Deutschnationalen. Durch die wahnwitzige deutschnationale Kriegs- und Kriegsverlängerungspolitik haben wir den Weltkrieg und sein fürchtbares Ende gehabt, durch die Schuld der Deutschnationalen sind wir also um Jahrhunderte zurückgeworfen. Durch die Schuld der Deutschnationalen ist unser Geld entwertet, sind uns Provinzen und Kolonien verloren gegangen. Der auf die deutschnationale Hebe hin entfachte U-Boot-Krieg hat uns unsere Schiffe gelöst. Die von deutschnationalen Generalen angeordneten Verwüstungen Belgiens und Nordfrankreichs haben zu ungeheuren Schadenersatzforderungen gestanden und damit zum Verlust unserer Reichtümer geführt. Durch Schuld der Deutschnationalen sind wir arm, ausgehungert und elend. Das sind die Antworten auf die von den Deutschnationalen gestellten Fragen, die allein der geschichtlichen Wahrheit entsprechen.

Heims Kirchenstaat.

Die bayerische Reaktion gegen die Reichseinheit.

Landau, 21. Mai. (P. V. R.) Der von der pfälzischen Sozialdemokratie als Reichstagskandidat aufgestellte frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann erbat auf der Bezirkstagung gegen Dr. Heim den Vortritt, erarbeite auf die Gründung eines aus Bayern, Tirol und Desterreich bestehenden Kirchen- und Agrarstaates hin. Mit dem Augenblick der Loslösung Bayerns vom Reich werde sich jedoch die Pfalz von Bayern trennen, aber deutsch bleiben. Sollten in Bayern gegen Recht und Verfassung die Fürsten wiederkehren, so werde sich die Pfalz als freie Republik innerhalb des Deutschen Reiches erklären.

Die reichstreue Pfalz. In der ersten Sitzung des neugewählten pfälzischen Reichstages wurde nach längerer Erörterung beschlossen: Der Reichstag benutzt die erste Gelegenheit, um dem Treuegelöbnis zu Bayern und dem Reich Ausdruck zu verleihen. Er wolle sich in diesen Gefühlen vollkommen eins mit dem gesamten pfälzischen Volke.

Streikende in Frankreich.

Paris, 21. Mai. Der Nationalrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.), hat mit 96 gegen 11 Stimmen bei 15 Enthaltungen beschlossen, die Arbeit am Sonnabend vormittag wieder aufzunehmen.

Weitere Mäubergeschichten.

Paris, 21. Mai. Havas berichtet, daß Hausdurchsuchungen bei entlassenen Eisenbahnern eine Reihe von Plänen über die Einrichtung einer Sowjetregierung in Frankreich zutage förderten. Hausdurchsuchungen bei verhafteten Reisenden haben den Beweis erbracht, daß in der gegenwärtigen Streikbewegung führende russische Bolschewisten die leitenden Elemente sind.

Das neue Ministerium Nitti.

Paris, 21. Mai. „Matin“ meldet aus Rom: Das Ministerium Nitti wird wahrscheinlich heute abend gebildet werden. „Messaggero“ veröffentlicht folgende vorläufige Liste, in der noch der Minister für Post und Telegraphen fehlt: Borisi und Juneres: Nitti, Auswärtiges: Scialoja, Schatz: Schanzer (ein Junius von Giolitti, Die Red.), Finanzen: Alessio, Justiz: Fera, Krieg: Sonni, Marine: Secchi, Deffentliche Arbeiten: de Rava, Landwirtschaft: Bertini, Unterricht: Torre, wiedereroberte Gebiete: Micheli, Industrie: Ferraris. Micheli und Bertini gehören der katholischen Volkspartei an, Fera den Radikalen.

Ein reaktionärer Vertreter Deutschlands.

Genosse Colin-Roh als Bolschewist verhaftet!

Vor einigen Tagen kam die Meldung, daß unser Genosse Colin-Roh, der aus seiner Tätigkeit in den Groß-Berliner Soldatenröhen der ersten Revolutionszeit bekannt ist, in Südamerika auf Veranlassung des baltischen Geschäftsträgers Gumprecht in Chile als „Bolschewist“ verhaftet worden ist. Wir erhalten hierzu folgendes Telegramm aus Santiago de Chile vom 18. Mai:

Anlässlich des Vorgehens des reaktionären deutschen Geschäftsträgers Gumprecht gegen Colin-Roh schreibt die Zeitung „Sur“ (Der Abend), daß lediglich die Erbitterung eines eingeleiteten Konararchisten diesem Vorgehen zugrunde liege. Das Blatt nennt Colin-Roh einen glühenden Republikaner und bezeichnet Gumprecht als einen entschlossenen Konararchisten. Die größte chilenische Zeitung „Mercurio“ nennt Colin-Roh den Vertreter der neuen Generation, die bestimmt sei, auf den Trümmern des kaiserlichen Deutschlands die Demokratie aufzubauen, die den Frieden verbürge. Die „Neue deutsche Zeitung“ schreibt, einem Konararchisten sei gegenüber dem Sozialdemokraten alles erlaubt und selbst die gemeinste falsche Anklage sei ihm recht. Das Blatt nennt Gumprecht einen Ueberronarchisten und den Inimus des Denunzianten.

Für 20 Millionen Mark Schäden. Wie den „P. V. R.“ von der Eisenbahnerverwaltung mitgeteilt wird, sind im während der politischen Unruhen im Ruhrgebiet in den Tagen vom 20. März bis zum 3. April d. J. durch Verwüstungen und Beschädigungen von Bahnen, nach Gleisanlagen, Brücken, Gebäuden usw. Schäden im Betrage von 20 200 000 M. entstanden, von denen rund 18 Millionen Mark auf Verwüstung von Eisenbahnen und Entwendungen von Stoffen und Geräten entfallen.

